

## **DAS UNGARISCH-TSCHECHOSLOWAKISCHE ABKOMMEN ÜBER DEN BEVÖLKERUNGSUSTAUSCH VOM 27. FEBRUAR 1946**

von  
SÁNDOR BALOGH

Die Tatsache an sich, dass sowohl in Ungarn wie auch in der Tschechoslowakei noch vor Beendigung des Zweiten Weltkriegs eine volksdemokratische Regierung zustandekam, hob die alten nationalen Gegensätze nicht auf einen Schlag auf, sie bahnte nicht den Weg zu einer sofortigen Verständigung der Völker der beiden benachbarten Länder. Im Gegenteil, es schien, als würde sich der Wunsch nach Vergeltung vermeintlichen und tatsächlichen Unrechts kräftiger erweisen als jeder andere Faktor und dass dadurch die bilateralen Beziehungen mit solchen neuen „Posten“ belastet werden würden, die eine Erkenntnis der grundlegenden gemeinsamen Interessen für sehr lange Zeit, vielleicht für Jahrzehnte trüben, und im Endergebnis die Möglichkeit der Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen und einer engeren Zusammenarbeit verhindern könnten.

In einer solchen Gestaltung der Lage spielte – ausser anderen internationalen und innenpolitischen Ursachen – zweifellos jener Umstand eine entscheidende Rolle, dass die beiden Volksdemokratien mit einem völlig anderen „Erbe“ der Vergangenheit rechnen mussten, zu der Zeit als die Sowjetunion ihre Länder von der Besetzung Hitlerdeutschlands befreite. Bei Kriegsende zählte nämlich die ungarische Volksdemokratie infolge der imperialistischen Revisionspolitik des Horthy-Systems und der Teilnahme am Krieg zu den Besiegten, während sich die tschechoslowakische Volksdemokratie – vor allem infolge der Anerkennung der Londoner tschechoslowakischen Emigrationsregierung seitens der Grossmächte der antifaschistischen Koalition – unter den Siegern befand. Im Zusammenhang mit obigem nahm die ungarische Volksdemokratie ausser ihren inneren Lebensinteressen auch wegen der im Waffenstillstandsabkommen festgelegten Vorschriften – deren Durchführung von der aus Vertretern der Vereinigten Staaten von Amerika, Grossbritanniens und der Sowjetunion bestehenden Alliierten Kontrollkommission an Ort und Stelle überprüft wurde – radikal Abstand von der offiziellen Ideologie und Politik des konterrevolutionären Systems sowie verpflichtet sich auch zur Verhinderung von deren Wiederbelebung. Indessen bauten sich in der Tschechoslowakei zugleich mit den fortschrittlich-bürgerlichen demokratischen Traditionen – vor allem als Ergebnis des mit den durch Eduard Beneš vertre-

tenen bürgerlichen Kräften geschlossenen Kompromisses, beziehungsweise Abkommens — auch gewisse „modernisierte“ Elemente der Ideologie und Politik des Tschechoslowakismus in das Programm der volksdemokratischen Regierung ein.

\*

Die im Jahr 1918 erfolgte Verwirklichung der Selbstbestimmung der Tschechen und Slowaken, das Zustandekommen der bürgerlich-demokratischen Tschechoslowakei stellten nicht allein im Leben der betroffenen Völker einen hervorragenden historischen Meilenstein, eine epochale Änderung dar, sondern zugleich auch ein positives Ereignis von fortschrittlicher Bedeutung in der Geschichte Mittel-Osteuropas, selbst dann, wenn die im ersten Weltkrieg siegreichen Mächte gleichzeitig mit dem Zustandekommen des selbständigen Nationalstaates der Tschechen und Slowaken andere, darunter über 700 000 Ungarn der Möglichkeit ihrer nationalen Selbstbestimmung beraubten.<sup>1</sup> In den ersten zwei Jahrzehnten der Geschichte der Tschechoslowakischen Republik wurde — im Zusammenhang mit dem bürgerlich-demokratischen Charakter der Macht und zum Teil auch wegen Übernehmung internationaler Verpflichtungen — der Bevölkerung ungarischer Nationalität, genauer den Staatsbürgern ungarischer Nationalität zweifellos ein grösserer Anteil bürgerlicher Freiheitsrechte zuteil, als in Ungarn zur Zeit des Horthy Regimes der Mehrheit der Bevölkerung. Den tatsächlichen Wert dieser Errungenschaft verminderte jedoch im grossen Ausmass jener Umstand, dass die herrschenden tschechoslowakischen Kreise nicht allein die Aktualität der Selbstbestimmung, sondern auch im allgemeinen das Prinzip der Selbstbestimmung verworfen haben, und sich dafür in Wirklichkeit eine „Zerbröckelung“ der ungarischen Nationalität und eine tunlichst baldige massenhaften Verschmelzung dieser zum Ziel setzten. So rechneten sie unter anderem damit — und sie machten auch kein Hehl daraus —, dass vor allem die ungarischen öffentlichen Beamten und Intellektuellen in Massen „freiwillig“ nach Ungarn übersiedeln werden. Von einer Einschränkung der Zuerkennung der Staatsbürgerschaft und einer Institutionalisierung der Staatenlosigkeit erhofften sie ebenfalls das Verlassen beziehungsweise die Ausweisung weiterer Gruppen aus der Republik. Daneben zielten die Verwaltungsmassnahmen vom nationalen Gesichtspunkt (Änderung der Kreisgebiete, Degradierung von Städten zu Grossgemeinden usw.), die Wirtschaftspolitik — und innerhalb dieser in erster Linie die Bodenreform —, die Unterrichtspolitik und nicht zuletzt die Neukategorisierung der Nationalitäten auf eine ethnische „Auflockerung“ des zum überwiegenden Teil entlang der Staatsgrenze lebenden Ungartums ab.<sup>2</sup> Edgár Balogh, der hervorragende Kenner der Nationalitätenfrage Mittel-Osteuropas charakterisiert in seinen Memoiren wahrheitsgetreu die seinerzeitigen tschechoslowakischen Verhältnisse, indem er feststellt, dass „wir ebensolchen chauvinistischen Bestrebungen gegenüberstanden, mit welchen dazumal die ungarischen Imperialisten die Sprache des slowakischen Volkes, seinen kulturellen Aufstieg, das Hervorbringen seiner Intelligenz, seine Gestaltung zur Nation verfolgt und behindert haben“.

Die sich um Eduard Beneš, der vom Amt des Präsidenten der Republik zurückgetreten war und sich nach London begeben hatte, gruppierenden tschechoslowakischen Emigrantenkreise tellten in den Jahren des Zweiten Weltkrieges aufgrund der sich radikal veränderten internationalen Lage und nach Abwägung der Nachkriegsaussichten eine neue Konzeption über einen gemeinsamen Nationalstaat der Tschechen und Tschechen und Slowaken auf. Im Zusammenhang damit wünschen sie die frühere und ihrer Ansicht nach keine befriedigenden Ergebnisse zeitigende Assimilationspolitik mit der Forderung zu ersetzen, sich der fremden Volksgruppen (der Deutschen und Ungarn) zu entledigen. Beneš und seine Umgebung erkannten innerhalb relativ kurzer Zeit, dass sie unter ausschliesslicher Berufung auf die zukünftige Sicherheit der Tschechoslowakei die alliierten Grossmächte von der Notwendigkeit einer Aussiedlung der Bevölkerung ungarischer Nationalität nicht überzeugen können. Eben deshalb erweitern sie ihre auch bis dahin betonte, grundlegend falsche Theorie über die Rolle der ungarischen Nationalität in der Tragödie der Tschechoslowakei in den Jahren 1938–1939 mit der These, die Ungarn seien ausnahmslos Chauvinisten, Irredentisten.<sup>4</sup> Dann beginnen sie sozusagen gleichzeitig damit ihre im obigen Geist konzipierte Propaganda zu entfalten und versuchen die internationale Zustimmung zur Aussiedelung der Ungarn zu erlangen.

Das Programm der Schaffung eines tschechoslowakischen Nationalstaates ergänzte Beneš – damals schon auf dem Boden der anerkannten Rechtskontinuität stehend – als Präsident der Republik und die Londoner Exilregierung Ende 1942 – Anfang 1943 mit der konkreten Forderung einer Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität.<sup>5</sup> Daraufhin trachteten sie wahrlich jede Möglichkeit im Interesse dessen zu ergreifen, auch die alliierten Grossmächte über die Unvermeidbarkeit einer Aussiedelung der Ungarn zu überzeugen. Eine derartige Zustimmung vermochten sie jedoch einstweilen weder von den westlichen Grossmächten noch von der Sowjetunion zu erzwingen. Auch die Verhandlungen von Beneš mit D. Roosevelt, dem Präsidenten der USA, blieben in dieser Frage ergebnislos.<sup>6</sup> Ähnlich gelang es ihm auch damals noch nicht seinen Vorschlag bezüglich der ungarischen Nationalität durch I. W. Stalin und W. M. Molotow anerkennen zu lassen. Dies beweist übrigens auch der am 11. Dezember 1943 in Moskau unterzeichnete sowjetisch-tschechoslowakische Freundschafts-, Kooperations- und gegenseitige Beistandsvertrag, der keinen konkreten Hinweis auf die Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität aus der Tschechoslowakei enthält.<sup>7</sup> Beneš traf jedoch in Moskau nicht allein mit den führenden sowjetischen Persönlichkeiten zusammen, sondern auch mit tschechoslowakischen kommunistischen und sozialdemokratischen Emigranten, was natürlich hinsichtlich der Klärung und Übereinstimmung der mit der Zukunft der Tschechoslowakei verbundenen Ansichten notwendig war.

Eduard Beneš und die tschechoslowakische Exilregierung zeigten trotz der serienweisen Misserfolge keine Neigung zur Überprüfung ihres ursprünglichen Plans, im Gegenteil, in den Londoner Emigrantenkreisen

begann man jene Dekret- und Verordnungsentwürfe auszuarbeiten, die berufen waren, die Lage der Bevölkerung ungarischer Nationalität nach dem Zweiten Weltkrieg zu regeln. Diese Entwürfe hatten freilich tatsächlich nur eine geringe Rolle gespielt und waren von geringer Bedeutung, — was auch nicht anders sein konnte —, solange es nicht gelang, zu deren Unterstützung die tschechoslowakischen linksgerichteten Kräfte, namentlich die kommunistische Partei zu gewinnen. Wann dies erfolgt ist, können wir heute mangels authentischer Quellen mit einer jeden Zweifel ausschliessenden Genauigkeit noch nicht feststellen. Jedenfalls widerspiegeln sich in den Äusserungen der tschechoslowakischen kommunistischen Emigration in Moskau seit Mai-Juni 1944 spürbare Änderungen, es werden „neue Stimmen“ hinsichtlich des Verhältnisses zur ungarischen Nationalität laut. So setzte Klement Gottwald in seiner, im Moskauer Rundfunk am 11. Mai 1944 gehaltenen Ansprache schon die Entfernung der Ungarn aus der Tschechoslowakei in Aussicht.<sup>8</sup> Die Československé Listy aber schrieb im August bereits, dass „was für die Deutschen gilt, das gilt auch für die Ungarn“.<sup>9</sup>

Im Sommer und Herbst 1944 machten sich jedoch die slowakischen Kommunisten und der Slowakische Nationalrat, sowie gewisse Kreise der sozialdemokratischen Emigration das Prinzip der kollektiven Verantwortung der Bevölkerung ungarischer Nationalität, beziehungsweise die Forderung nach deren Aussiedelung noch immer nicht zueigen. Als Auswirkung der Verhandlungen mit den im Exil lebenden Führern der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei und der ständigen Kontaktaufnahme mit der Londoner bürgerlichen Emigration näherten sich Ende 1944 und Anfang 1945 die SIKP und der SNR immer mehr dem in Emigrantenkreisen im wesentlichen bereits aufeinander abgestimmten gemeinsamen Standpunkt in der Frage der ungarischen Nationalität. Der Unterschied zwischen ihnen trat höchstens darin zutage, dass die SIKP und der SNR die Aussiedelung der Ungarn mit einem „Bevölkerungsaustausch“ zu verbinden wünschten. Die politische Forderung bezüglich einer Aussiedelung der Ungarn formulierte in völliger Offenheit die Konferenz der SIKP vom Februar 1945, als sie das Slowakentum zu einer „neuen Landnahme“ aufforderte: „Die slowakischen Bauern und Arbeiter, die von den reichen südlichen Gebieten verdrängt und Jahrhunderte hindurch in den Bergen unterdrückt wurden, müssen diese alten slowakischen Gebiete und die Möglichkeit eines ordentlichen menschlichen Lebens wiedererlangen“.<sup>10</sup>

Es ist völlig überflüssig, den ideologisch-politischen Inhalt, die Funktion dieser und anderer Äusserungen ähnlichen Geistes eingehender zu untersuchen, sprechen sie doch für sich selbst. Zugleich ergibt sich noch schärfer die Frage, wie diese kommunistische Bewegung, die in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und eine Zeitlang auch noch während des zweiten Weltkrieges den Patriotismus und Internationalismus als einen wesentlichen Grundsatz ihrer Politik achtete, in der Praxis aber schon zur Zeit, da sie noch nicht restlos vom Einfluss des Tschechoslowakismus befreit war, am konsequentesten für die Gleichberechtigung der Nationalitäten in der Republik gekämpft hat, dem bürgerlichen Nationalismus solche



Zugeständnisse machen konnte? Dieser Widerspruch wird noch augenscheinlicher, wenn wir in Betracht ziehen, dass die ungarischen Werktätigen an der Wiege der ČKP zugegen waren, sodann ihre Stimmen in grossen Mengen für die Parlamentswahlkandidaten der Partei abgaben und auch im Jahr 1944 nicht wenige von ihnen die Sache des slowakischen nationalen Aufstands mit der Waffe in der Hand unterstützten.<sup>11</sup> Jene Autoren, die sich mit dem besprochenen Thema befasst haben, berufen sich fast ausnahmslos auf die seinerzeitige Auffassung J. W. Stalins, genauer auf den bedeutenden Einfluss, welchen diese auf die Nationalitätenpolitik der ČKP ausgeübt hat.<sup>12</sup> Doch an sich hätte sich dies offenbar doch für zu wenig erwiesen, wenn die Führer der ČKP im Interesse einer tunlichst reibungslosen Durchsetzung der Rechtskontinuität der Republik, was während des Krieges ohne Mitwirkung der Londoner tschechoslowakischen Exilregierung kaum realisierbar gewesen wäre, nicht auch selbst erbötig gewesen wären mit Beneš und seiner Umgebung, selbst auf Kosten ideologischer Zugeständnisse den politischen Kompromiss zustandezubringen. In diesem Zusammenhang empfinden wir die diesbezüglichen Feststellungen von J. Zvara auch heute noch für besonders überzeugend. „In der Vergangenheit wurde der Hintergrund der Ereignisse während der Jahre 1945 – 1948 häufig einseitig geprüft. Die Übergriffe wurden häufig der Tätigkeit und dem Einfluss der Bourgeoisie, der Wirkung J. W. Stalins, das heisst des Personenkults zugeschrieben, andere erblickten in ihnen die Folgen der Fehler der ČKP, ja sie wurden sogar als Ergebnis der Tätigkeit der sog. bourgeois-nationalistischen Gruppe der Kommunistischen Partei der Slowakei verbucht. Daraus ist ersichtlich, dass mehrere Ursachen mitgespielt haben: internationale, aussen- und innenpolitische, historische Ursachen, der starke Einfluss der Bourgeoisie, die Wirkung der seitens J. W. Stalins in der Nationalitätenfrage angewendeten Methoden, die Fehler der Partei, ein gewisses Selbstbewusstsein der Massen usw., die Hauptursache, der Nationalismus aber“, weist Zvara darauf hin, „wurzelte in den heimischen Verhältnissen“.<sup>13</sup>

Am 23. November 1944 meinte die Londoner tschechoslowakische Exilregierung, dass es an der Zeit sei, sich nunmehr auch offiziell an die alliierten Grossmächte zu wenden, um ihre Zustimmung zur Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität zu erlangen.<sup>14</sup> Wohl sind die konkreten Stellungnahmen sämtlicher alliierten Grossmächte in dieser Frage nicht bekannt, soviel kann aber – nicht zuletzt wegen den späteren tschechoslowakischen Kraftanstrengungen dieses Charakters – mit Gewissheit festgestellt werden, dass die Antwort der westlichen Grossmächte auch diesmal abweisend war. Kaum anderthalb Monate später brachte der Vertreter der Londoner Regierung in seinen Bemerkungen zum Entwurf des ungarischen Waffenstillstandsabkommens den Anspruch auf die Aussiedelung der Ungarn neuerlich zum Ausdruck.<sup>15</sup> Der Gesandte Zdenek Fierlinger legte seine Meinung in dieser Frage am 15. Januar 1945 vor den Vertretern der alliierten Grossmächte dar. Fierlinger verlangte unter anderem die Ungültigkeitserklärung des Ersten Wiener Schiedsspruchs, die Ausserkraftsetzung der zwischen Ungarn und dem

slowakischen Staat Tisos geschlossenen Abkommen, die Festsetzung des Zeitpunktes des zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn eingetretenen Kriegszustandes auf den 7. Oktober oder 2. November 1938 sowie die Anerkennung der Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität, beziehungsweise die Aufnahme dieser Bedingungen in den Text des ungarischen Waffenstillstandsabkommens. Die Vertreter der alliierten Grossmächte (W. M. Molotow, W. A. Harriman und J. Balfour) billigten im allgemeinen die Bemerkungen des tschechoslowakischen Gesandten. J. Balfour anerkannte wohl auch die Tatsache des zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn eingetretenen Kriegszustandes, wies jedoch die seitens Frierlingers beantragten Zeitpunkte ab.<sup>16</sup> Harriman hingegen verwarf die Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität im Zusammenhang mit dem Waffenstillstandsabkommen. Gleichzeitig erhielt die Tschechoslowakei das Versprechen, dass sie ihren Vertreter zur Alliierten Kontrollkommission in Ungarn entsenden könne, und dass in jenen Fragen, welche die tschechoslowakische Regierung betreffen, ihr Beauftragter angehört werde.<sup>17</sup>

Nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens, das demnach der Tschechoslowakei die Vollmacht zur Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität nicht erteilt hat, versuchten die tschechoslowakische Regierung und der SNR die alliierten Grossmächte vor eine fertige Tatsache zu stellen. Präsident Beneš kündigte in seiner Rundfunkansprache vom 16. Februar 1945 an, dass „wir die endgültige Lösung der Sache unserer Deutschen und Ungarn vorbereiten müssen, weil die neue Republik ein tschechoslowakischer Nationalstaat sein wird“.<sup>18</sup> Dem folgte am 27. Februar die Verordnung Nr. 4/1945 des SNR, welche vorschrieb, dass die über 50 ha grossen Grundbesitze der Deutschen, Ungarn und der slowakischen Verräter zu enteignen sind. Auf den befreiten Gebieten wurden parallel dazu die Forderungen der vom Nationalismus beeinflussten öffentlichen Meinung nach einer Entfernung der Ungarn aus der neuenstehenden Republik immer lauter.

Zwischen dem 22. und 29. März arbeiteten die Vertreter der Londoner Regierung, die Führer der ČKP, sowie die Beauftragten der SIKP und des SNR in Moskau – unter Teilnahme des Präsidenten Beneš – das Programm der Nationalen Front gemeinsam aus, beziehungsweise legten dieses endgültig fest. Am 4. April ernannte Beneš – anhand eines Präsidialdekrets – den Sozialdemokraten Zdenek Fierlinger zum Vorsitzenden der neuen Koalitionsregierung, die ihr Programm am 5. April in Kaschau bekanntgab. Vom Kaschauer Regierungsprogramm berührte das VIII. Kapitel die Bevölkerung ungarischer Nationalität besonders empfindlich. Kapitel VIII stellte im Zusammenhang mit der ungarischen Nationalität folgendes in Aussicht: „1. Die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft wird nur jenen Einwohnern ungarischer Nationalität belassen, die Antifaschisten waren, an der Widerstandsbewegung für die Wiederrichtung der Tschechoslowakei teilnahmen, oder wegen ihrer Treue zur Republik verfolgt wurden; 2. die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft der übrigen Einwohner ungarischer Nationalität erlischt, doch wird ihnen die Möglichkeit

der Option zugestanden; jedes diesbezügliche Ansuchen einzeln geprüft; 3. jene Personen ungarischer Nationalität, die gegenüber der Republik oder anderer Nationen – namentlich der Sowjetunion – eine Straftat begangen haben, werden vor Gericht gestellt, ihnen wird die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen und sie werden für ewig des Gebietes der Tschechoslowakei verwiesen“.<sup>19</sup> Wenn das Kaschauer Regierungsprogramm das Prinzip der kollektiven Verantwortung im genauen Sinne des Wortes auch einigermassen „gelockert“ hat, war es doch in Wirklichkeit von deren Geist durchdrungen, beabsichtigte es ja die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung ungarischer Nationalität zur Heimatlosigkeit zu verurteilen und sie dadurch ausserhalb der Rechtsschancen zu setzen.

Der Beauftragte für das Innere des SNR ordnete bereits am 7. April 1945 an, dass in den von Ungarn bewohnten Siedlungen keine Nationalkomitees gebildet werden können, und falls solche dennoch zustandegekommen sind, müssen sie aufgelöst werden. Mitglieder der Nationalkomitees dürfen nämlich nur tschechoslowakische Staatsbürger sein. Dahin, wo wegen geringer Anzahl der slowakischen Bevölkerung keine Nationalkomitees – ohne Ungarn – gebildet werden konnten, wurden slowakische Verwaltungskommissare entsandt oder ernannt, die dann auch aus dem Kreis der Ortsbevölkerung ungarischer Nationalität Ratgeber bestellen konnten. Ebenso konnten die Ungarn keine Mitglieder einer politischen Partei oder einer Massenorganisation sein, genauer, durften über ihre Aufnahme ausschliesslich die Zentralsekretariate der betreffenden Organisationen entscheiden.<sup>20</sup> Im April – Mai entliess der SNR die öffentlichen Angestellten ungarischer Nationalität aus ihren Stellungen, und dem folgte sehr bald auch die Entlassung der Privatangestellten. Die im Besitz von Ungarn befindlichen Klein- und Mittelbetriebe, einschliesslich der Werkstätten von Kleingewerbetreibenden, wurden in nationale Verwaltung übernommen. In den Städten, ganz besonders in Pressburg, nahm die Inanspruchnahme der Wohnungen der Bevölkerung ungarischer Nationalität massenhafte Ausmasse an, häufig mit der Internierung der Betroffenen verbunden. Die Tore der Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache blieben vor den Schülern geschlossen, durfte doch die Unterrichtssprache nur die slowakische sein. Ja, namentlich in den Siedlungen mit gemischter Nationalität und in den Städten durften die Bewohner ungarischer Nationalität – ausserhalb ihres Familienheimes – ihre Muttersprache nirgends gebrauchen, wollten sie sich nicht verschiedenen Beleidigungen und Atrocitäten aussetzen. Doch trotz des obigem kann von einer restlosen Geltendmachung der der Bevölkerung ungarischer Nationalität auferlegten Verordnungen nicht gesprochen werden, zumindest bis zum Sommer 1945 nicht. Die Gegenwart der Sowjetarmee setzt nämlich der Verfolgung von Bewohnern ungarischer Nationalität Schranken. Charakteristisch ist, dass sich das Büro des Beauftragten für innere Angelegenheiten des SNR im April 1945 an die Kommandantur der befreienden Roten Armee gewendet und sie aufgefordert hat, die in den Gebieten ungarischer Nationalität zustandegebrachten Nationalkomitees aufzulösen.<sup>21</sup> Aber auch ein Teil der slowakischen Orts-

bewohner unterstützte nicht immer die Behörden in ihren Auftritten gegen die ungarische Nationalität, in den zuweilen auch in Ausschreitungen in Erscheinung tretenden Übergriffen.

Präsident Beneš verkündete am 9. Mai 1945, dass „der überwiegende Teil der Deutschen und Ungarn uns verlassen muss“.<sup>22</sup> Diese Ankiündigung betraf jedoch einstweilen nur jene tatsächlich, die sich nach dem 2. November 1938 auf dem Gebiet des ehemaligen Oberungarns angesiedelt hatten. Diese wurden von Mitte Mai an in kleineren und grösseren Gruppen, zumeist ihrer Mobilien beraubt, vom Gebiet der Republik entfernt. Diese Aktion, die viele tausend Personen ungarischer Nationalität betroffen hat, erfolgte unter Verletzung des mit Ungarn am 20. Januar 1945 unterzeichneten Waffenstillstandsabkommens. Verpflichtete doch das Waffenstillstandsabkommen die Provisorische Nationalregierung ausschliesslich zur Abberufung der Mitglieder von bewaffneten Körperschaften und der Staatsbeamten.<sup>23</sup>

Die Pressburger „Pravda“ berichtete am 7. August 1945, dass den Deutschen und Ungarn im Sinne des Dekrets Nr. 33/1945 des Präsidenten der Republik die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Dass dieses Dekret am 2. August erlassen wurde, ist keinesfalls ein Werk des Zufalls, es sollte vielmehr jenen Entschluss untermauern, wonach sich die tschechoslowakische Regierung im Interesse einer Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität anhand eines „Bevölkerungsaustausches“, an die Potsdamer Konferenz der alliierten Grossmächte wandte.<sup>24</sup> Auch die Potsdamer Konferenz hat dieses tschechoslowakische Ansuchen abgewiesen, durch ihren Beschluss bezüglich der Deutschen in Ungarn erweckte sie aber in Wirklichkeit in der tschechoslowakischen Regierung die Hoffnung hinsichtlich der Möglichkeit einer späteren Aussiedelung der Ungarn.<sup>25</sup> Dementsprechend berief sich die Tschechoslowakei im späteren mit Nachdruck auch darauf, dass Ungarn die infolge der Aussiedelung der Deutschen „leer gewordenen“ Siedlungen zur Unterbringung der Bevölkerung ungarischer Nationalität der Tschechoslowakei benützen soll. Aber die Inkraftsetzung des Präsidialdekrets Nr. 33 war schon an sich ein schwerer Schlag für die ungarische Nationalität, wurde sie ja damit im wesentlichen der gesundheitlichen Versorgung, der Altersrente sowie solcher sozialer Zuwendungen verlustig, die sie – wenn sie leben wollte – nicht entbehren konnte.

Die Potsdamer Konferenz erfüllte die tschechoslowakischen offiziellen Kreise und die allgemeine Meinung mit Unzufriedenheit, und dies trat in erster Linie in einer Steigerung der Ungeduld gegenüber der ungarischen Nationalität in Erscheinung. Am 1. Oktober 1945 trat das Präsidialdekret Nr. 88/1945 in Kraft, aufgrund dessen die Männer von 16 bis 55, die Frauen von 18 bis 45 Jahren zu Notstandsarbeiten beordert werden können, selbst in Gegenden, die fern von ihrem Wohnort gelegen sind. Die Presse urgierte neuere Verfügungen hinsichtlich weiterer Bodenenteignungen.<sup>26</sup> Ausserdem wurden in der bürgerlichen Presse auch solche Stimmen laut, die neben einem so bald als möglichen Austausch der ungarischen Nationalität mit den Slowaken in Ungarn die Einführung ebensolcher Massnahmen

forderten wie jene, welche die tschechoslowakischen Behörden den Deutschen gegenüber angewendet haben.<sup>27</sup>

\*

Die heimische Presse begann seit Mitte April 1945 auf die ungünstige Gestaltung der Lage der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei aufmerksam zu werden. Sie reagierte aber auch noch nachher eine Zeitlang etwas unsicher auf die Nachrichten und Gerüchte, die aus der Tschechoslowakei die ungarische öffentliche Meinung erreichten. Sie würdigte nicht nur mit warmen Worten jede tschechoslowakische Äußerung in dieser Frage, die Geduld und Verständnis bewies, sondern sie suggerierte diese förmlich. So schrieb das Blatt „Kis Újság“ – seine Zeilen an Präsident Beneš adressierend – darüber, dass „demnach heute auf beiden Seiten solche Männer an der Spitze stehen, die eine Annäherung, die Schaffung eines aufrichtigen Freundschaftsverhältnisses und den Ausbau enger Wirtschaftsbeziehungen ersehnen“.<sup>28</sup> Die Zeitung „Szabad Nép“ würdigte unter dem Titel „Die Ehre des demokratischen Ungartums ist makellos“ die Worte des Vorsitzenden des SNR, mit denen er unter anderem auch das ungarfeindliche Verhalten der slowakischen „Alibisten“, der frischgebackenen Demokraten verurteilt hat.<sup>29</sup> Das Blatt wollte mit diesem Artikel eigentlich ein doppeltes Ziel erreichen: einerseits die Beruhigung der ungarischen öffentlichen Meinung, andererseits aber die Notwendigkeit einer scharfen Differenzierung zwischen den Vertretern der slowakischen Kommunisten und Demokraten, beziehungsweise des bürgerlichen Nationalismus. In der kommunistischen Presse wird jedoch die Zuversicht sehr bald durch die laut werdende Stimme der Besorgnis abgelöst. Szabad Nép wies in seinem Artikel „Wie wird sich die Lage der Ungarn im Föderativstaat der Tschechen und Slowaken gestalten“ schon auf beide Möglichkeiten hin, indem es schrieb: „Kollektive Verantwortlichmachung – oder Zusammenarbeit mit den ungarischen Demokraten“.<sup>30</sup>

Die politische Presse interpretierte natürlich zumeist die Meinung der betreffenden Parteien, deren Leiter gezwungen waren, sich immer mehr mit den Problemen der ungarischen Nationalität in der Tschechoslowakei zu befassen. In der Sitzung des Verwaltungsausschusses der Nationalen Bauernpartei vom 3. Mai 1945 wurde die Meinung laut, dass sich in der Tschechoslowakei „die Lage der ungarischen Minderheit unerträglich gestaltet hat“.<sup>31</sup> Die Worte der Erbitterung und des Pessimismus waren aber auch im Bericht der Parteiführung der Sozialdemokratischen Partei vom 10. Mai hörbar.<sup>32</sup> Ähnlicherweise widerspiegelte sich die Besorgnis um das Schicksal der tschechoslowakischen Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Sitzung des Politischen Ausschusses der Ungarischen Kommunistischen Partei vom Ende Mai, die internationale Fragen behandelt hat.<sup>33</sup> Die Provisorische Nationalregierung wandte sich – im Einvernehmen mit der Stellungnahme der Koalitionsparteien – zwischen April und Juli 1945 in nicht weniger als 27 Fällen an die Alliierte Kontrollkommission in Angelegenheit der ungarischen Nationalität in der Tschechoslowakei, namentlich wegen der zahlreichen Ausweisungen



aus dem Gebiet der Republik.<sup>34</sup> Nachdem es jedoch immer offensichtlicher wurde, dass die Tschechoslowakei einen Teil der Bevölkerung ungarischer Nationalität mit den in Ungarn lebenden Slowaken anhand eines „Bevölkerungsaustausches“ auszutauschen wünscht, den restlichen Teil aber an die Stelle der ungarländischen Deutschen auszusiedeln plant, antwortete Aussenminister János Gyöngyösi in seiner Ende Juni in Békéscsaba gehaltenen Rede „offiziös“ auf diese tschechoslowakischen Vorstellungen. Der Aussenminister erklärte, dass die ungarische Regierung ihrerseits einen Bevölkerungsaustausch oder eine Aussiedelung niemals anbahnen und zu solchen ihre Zustimmung ausschliesslich im Falle eines internationalen Abkommens geben würde. Gleichzeitig legte er fest, dass die Provisorische Nationalregierung den in Ungarn lebenden Nationalitäten, innerhalb dieser auch den Slowaken, eine völlige Gleichberechtigung sowohl auf dem politischen, wie auch auf dem wirtschaftlichen und kulturellen Gebiet zusichert. Falls aber, Massen des ungarländischen Slowakentums oder auch nur einzelne dessen doch lieber die Tschechoslowakei als ihr Heimatland wählen würden, würde die ungarische Regierung dem keinerlei Schranken in den Weg stellen, im Gegenteil, sie würde den Aussiedlern hinsichtlich ihres Eigentums die gleichen Garantien leisten, die die Tschechoslowakei den ihrerseits ausgewiesenen Ungarn geleistet hat, oder in Zukunft leisten wird.<sup>35</sup>

Das Blatt der Bürgerlichen Demokratischen Partei „Világ“ berichtete in seinem Artikel „Englische Note an die Tschechoslowakei in der Frage der Minderheiten“ darüber, dass die britische Regierung die Tschechoslowakei darauf aufmerksam machte, dass „sie der Politik einer massenmässigen Aussiedelung nicht beistimmt, und laut ihrer Beurteilung müsse diese Frage von den Kontrollmächten gemeinsam gelöst werden, nicht aber allein von der tschechoslowakischen Regierung“.<sup>36</sup> Die Note der britischen Regierung stimmte im wesentlichen mit jenem Memorandum überein, das das Aussenministerium der USA am 12. Juni 1945 an die Provisorische Nationalregierung gerichtet hat, und das gegen eine Verantwortlichmachung von Volksgruppen auf Nationalitätengrundlage und eine massenhafte Ausweisung aus dem betreffenden Land Stellung nahm.<sup>37</sup> Die amerikanische und die britische Regierung interessierte sich in erster Linie freilich nicht für die Lage der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei, sondern vielmehr für das Schicksal der Deutschen, genauer für den Zusammenhang der Aussiedelung mit der deutschen Frage.<sup>38</sup> Ein Beweis dessen ist übrigens auch der Umstand, dass sich einstweilen weder Grossbritannien noch die USA zu einem ähnlichen Schritt in der Angelegenheit der Ungarn in der Tschechoslowakei entschliessen konnten.

Die Stellungnahmen der Potsdamer Konferenz erfüllten – zumindest was das Schicksal der ungarischen Nationalität in der Tschechoslowakei betraf – sowohl die Partei und Regierungskreise, als auch die breitere öffentliche Meinung in Ungarn mit Befriedigung. Dies brachte auch jene Meinung Ferenc Erdeis, eines Führers der Nationalen Bauernpartei zum Ausdruck, wonach „die Konferenz die Aussiedelung der Ungarn, trotz der tschechoslowakischen Bestrebungen, nicht unterstützt hat“.<sup>39</sup> Doch diese

Befriedigung erwies sich als verfrüht, weil sich das Verhalten der Tschechoslowakei im Zusammenhang mit der ungarischen Nationalität nicht geändert hat, im Gegenteil, es wurde gewissermassen noch härter. Die sich auch nach Potsdam fortsetzenden Ausweisungen zwangen die Provisorische Nationalregierung dazu, sich bei der Alliierten Kontrollkommission in einer neuerlichen Note gegen die weitere Verschlechterung der Lage des Ungartums in der Tschechoslowakei zu verwahren.<sup>40</sup> Auch der XXXIV. Kongress der Sozialdemokratischen Partei erhob kräftig seine Stimme in dieser Angelegenheit.<sup>41</sup> In der Sitzung des Politischen Ausschusses der Ungarischen Kommunistischen Partei vom 15. August 1945 wurde das Schicksal des Ungartums in der Tschechoslowakei als „nach wie vor ungeklärt“ bezeichnet. Die Partei der Unabhängigen Kleinlandwirte hingegen befasste sich mit der Lage der ungarischen Nationalität in der Tschechoslowakei immer mehr mit Rücksicht auf ihre innenpolitischen Ziele, konkreter auf ihre Rolle bei den Wahlen zur Nationalversammlung, was auch darin zum Ausdruck kam, dass sie gleichsam als Antwort auf die ungarfeindlichen Gesten der tschechoslowakischen Politik und Presse Nationalismus Nationalismus gegenüberzustellen trachtete.<sup>42</sup>

Die Arbeiterparteien, und namentlich die Kommunistische Partei wies jedweden Nationalismus ab und setzte sich für die Erkenntnis ein, dass die Völker der beiden Nachbarländer aufeinander angewiesen sind sowie dafür, dass es notwendig ist, dass sie die sich aus dieser Erkenntnis ergebenden Folgerungen gegenseitig ziehen. Gleichzeitig damit verschwieg sie hingegen ihr Interesse für das Schicksal der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei nicht, und unterrichtete die öffentliche Meinung in realer Weise, nicht allein hinsichtlich des tschechoslowakischen Verhaltens, sondern auch was den ausländischen Standpunkt in dieser Frage betraf.<sup>43</sup> Die Ungarische Kommunistische Partei legte ihre Meinung im Laufe der Monate September und Oktober teils bezüglich der offiziellen tschechoslowakischen Äusserungen, teils in bezug auf die in Ungarn aufgetauchten negativen Erscheinungen antwortend, wiederholt dar. Und zwar verknüpfte sie die Abweisung der tschechoslowakischen Aussiedlungspolitik mit dem Schutz der grundlegenden Interessen der Bevölkerung ungarischer Nationalität, was sie durch den Ausbau inniger freundschaftlicher Beziehungen zu dem Nachbarland zu realisieren wünschte.<sup>44</sup>

Ministerpräsident Zoltán Tildy erblickte in seiner Programmrede vom 30. November 1945 das grösste Hindernis der Schaffung eines gutnachbarlichen Verhältnisses der beiden Länder ebenfalls im Verhalten der tschechoslowakischen Regierung gegenüber der ungarischen Nationalität. „Das demokratische Ungarn wünscht auch mit der Tschechoslowakischen Republik ein gutnachbarliches Verhältnis zu schaffen. Wir müssen eingestehen“, betonte Tildy, „dass unser diesbezügliches Bestreben bisher erfolglos blieb, weil wir infolge der dort im Gange befindlichen, das dortige Ungartum schwer belastenden Ereignisse das gutnachbarliche Verhältnis nicht zustandebringen konnten. Es ist allgemein bekannt, dass in der Tschechoslowakei ungarische Staatsbürger ihres Vermögens beraubt,

in grossen Massen ausgewiesen oder in Internierungslagern festgehalten werden, bloss deshalb, weil sie Ungarn sind. Dem Ungartum in der Tschechoslowakei wurden die politischen Rechte, die kulturellen Lebensbedingungen entzogen, was mehr, infolge verschiedener Vermögensentziehungs- und entrechtenden Massnahmen ist heute bereits die Möglichkeit einer materiellen Lebenserhaltung für das dortige Ungartum zweifelhaft geworden<sup>45</sup>. Die der Schaffung eines gutnachbarlichen Verhältnisses im Wege stehenden Hindernisse vermochte natürlich auch Ministerpräsident Tildy nicht zu beseitigen, waren doch dessen Mittel nicht in Händen der ungarischen, sondern allein und ausschliesslich in den der tschechoslowakischen Regierung.

\*

Anfang Dezember 1945 reiste Aussenminister János Gyöngyösi — auf Einladung der tschechoslowakischen Regierung — nach Prag, um aufgrund persönlicher Besprechungen eine Lösung der zwischen den beiden Staaten bestehenden strittigen Fragen zu suchen und zu finden. An den zwischen dem 3. und 6. Dezember geführten Verhandlungen war die Tschechoslowakei durch Staatssekretär für Äusseres Vladimír Clementis vertreten.<sup>46</sup>

Im Laufe der Verhandlungen legte Clementis jenen Standpunkt dar, wonach seine Regierung die ungarische Nationalität und die deutsche Minderheit nicht in gleicher Weise beurteile, nichtsdestoweniger aber daran festhalte, dass die Lage der Ungarn in der Tschechoslowakei endgültig gelöst werden muss. Im Zusammenhang damit erklärte er aber sofort, dass die Lösung nicht in der Form einer Grenzberichtigung zugunsten Ungarns realisiert werden kann. Als Grund dessen bezeichnete er unter anderem die Rolle Ungarns im Zweiten Weltkrieg sowie den Umstand, dass die Provisorische Nationalregierung ihre sich aus dem Waffenstillstandsverhandlungen ergebenden Verpflichtungen der Tschechoslowakei gegenüber nicht erfüllt habe. Der „Feldzug“, aber, den die ungarische Presse, besonders der Rundfunk gegenüber der Tschechoslowakei führte, habe das Zustandekommen einer Atmosphäre des Vertrauens, die zu den Verhandlungen unbedingt notwendig ist, in der tschechoslowakischen Regierung und der öffentlichen Meinung nur noch weiter verschlechtert. Clementis wies auch darauf hin, dass seine Regierung die Durchführung der Vermögensenteignungen deshalb aufgehoben hat, weil sie der Möglichkeit einer Vereinbarung mit der ungarischen Regierung vertraut.<sup>47</sup> Der Staatssekretär für Äusseres betrachtete unter den strittigen Fragen den Bevölkerungsaustausch für die wichtigste. Im Zusammenhang mit dessen Realisierung beantragte er, dass die Tschechoslowakei dem zahlenmässigen Verhältnis der freiwillig heimkehrenden Slowaken entsprechend Personen ungarischer Nationalität nach Ungarn umsiedeln würde. Zwecks Vorbereitung des Bevölkerungsaustausches würde eine tschechoslowakische Sonderkommission nach Ungarn reisen. Die ungarische Regierung würde dieser Kommission Bewegungsfreiheit und zwecks erfolgreicher Durchführung ihrer Arbeit jedwede Unterstützung zusichern. Die repatriieren-



den Slowaken und die seitens der Tschechoslowakei ausgesiedelten Ungarn dürften ihr Wirtschaftsinventar und ihre sonstigen Mobilien mit sich nehmen, für ihr immobiles Vermögen hingegen würden sie entschädigt werden. Die übrigen Ungarn der Tschechoslowakei – mit Ausnahme jener, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erhalten würden – müssten aufgrund einer einseitigen Ausweisung ihren Wohnort verlassen und nach Ungarn umsiedeln. Freilich würde auch die Bevölkerung ungarischer Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erhält, über keinerlei Minderheitsrechte verfügen. Die ungarische Regierung würde sich hingegen auch hinsichtlich dessen verpflichten, dass sie in ihrer Presse und im Rundfunk jedwede revisionistische und den Bevölkerungsaustausch ablehnende Propaganda einstellt. Demgegenüber würde die tschechoslowakische Regierung den individuell Repatriierenden keinerlei Hindernis in den Weg stellen, die Presse würde dem Bevölkerungsaustausch gegenüber ein positives Verhalten an den Tag legen und die Umbeziehungsweise Aussiedelung der Ungarn im Inland und ins Ausland einstellen, mit Ausnahme der Kriegsverbrecher sowie jener, die seit 2. November 1938 in der Tschechoslowakei leben. Schliesslich beantragte der Staatssekretär des Äusseren die Errichtung einer tschechoslowakisch – ungarischen gemischten Kommission zwecks Koordinierung des Bevölkerungsaustausches.<sup>48</sup>

Der ungarische Aussenminister anerkannte, dass Ungarn ihren im Waffenstillstandsabkommen übernommenen Wiedergutmachungsverpflichtungen zum Teil ohne eigenes Verschulden, zum Teil infolge der ausserordentlich schwierigen Wirtschaftslage des Landes tatsächlich nicht restlos nachkommen konnte.<sup>49</sup> In bezug auf die Tätigkeit des Rundfunks und der Presse aber bemerkte er, dass diese die tschechoslowakischen entrechtenden Massnahmen gegenüber der Bevölkerung ungarischer Nationalität lange genug wortlos dahinnahmen. Als wichtigste Frage der bilateralen Verhandlungen bezeichnete übrigens auch er den Bevölkerungsaustausch. Er erklärte, dass die ungarische Regierung die Methode des Bevölkerungsaustausches grundsätzlich missbilligt, doch zwecks Förderung der Schaffung eines „gewissen Ruhezustandes“ zwischen den beiden Ländern will sie sich vor einer freiwilligen Umsiedlung der ungarländischen Slowaken nicht verschliessen. Darüber hinausgehend nimmt sie auch zur Kenntnis, dass der Anzahl der slowakischen Umsiedler entsprechend Personen ungarischer Nationalität aus der Tschechoslowakei nach Ungarn ausgesiedelt werden. Gleichzeitig wies sie jenen Vorschlag beziehungsweise Plan entschieden ab, der sich auf eine einseitige Ausweisung bezog und erwies sich auch zum Bevölkerungsaustausch nur in dem Fall geneigt, wenn die tschechoslowakische Regierung der dort lebenden ungarischen Nationalität die menschlichen, bürgerlichen und Minderheitsrechte „für die Gegenwart und die Zukunft“ gewährleistet.<sup>50</sup> Die Suspendierung beziehungsweise Ausserkraftsetzung der Durchführung der die Interessen der ungarischen Nationalität verletzenden Massnahmen und der einseitigen Ausweisungen aber betrachtete sie als Vorbedingung für eine Vereinbarung zwischen den beiden Regierungen. Der Aussenminister zeigte sich übrigens auch bereit,

jene Bestrebung der tschechoslowakischen Regierung zu billigen und zu respektieren, dass die Tschechoslowakei zum Nationalstaat der Tschechen und Slowaken werde, unter der Bedingung, wenn sie zur Kenntnis nimmt, dass diese Frage durch eine Aussiedelung nicht gelöst werden kann, es kann höchstens davon die Rede sein, dass die hauptsächlich „Landwirtschaft betreibenden Ungarn mit den zu ihnen gehörenden Boden und Gebieten übergeben werden“.<sup>51</sup> Gyöngyösi gab aber auch seiner Überzeugung Ausdruck, dass wenn die tschechoslowakische Regierung die Minderheitsrechte der ungarischen Bevölkerung geltend gemacht hätte, die vorliegenden strittigen Fragen gar nicht auftauchen würden. Der Aussenminister beantragte schliesslich zwecks Entscheidung der strittigen Fragen die Errichtung einer gemischten Kommission, in der sich auch die alliierten Grossmächte vertreten lassen würden.

Bei den Prager Verhandlungen kam es, und konnte es auch nicht zu einer Vereinbarung kommen, näherten sich doch die Vertreter der beiden Regierungen von einer diametral entgegengesetzten Richtung der Nationalitätenfrage. Aber auch die „Positionen“ der Verhandlungspartner waren nicht die gleichen. Clementis vertrat die Tschechoslowakei, die zu den Siegern zählte, Gyöngyösi hingegen das besiegte Ungarn. Nichtsdestoweniger ergaben sich im Laufe der Verhandlungen doch solche Gesichtspunkte, es kamen solche Ausgangspunkte zustande, von denen ausgehend die Gegensätze – zumindest für die Zukunft – vermindert werden konnten. Dies alles bot freilich einstweilen praktisch bloss die Möglichkeit einer eventuellen Fortsetzung der Verhandlungen an.

Nach den ergebnislos abgeschlossenen Prager Verhandlungen unternahm Aussenminister Gyöngyösi anfangs Februar 1946 einen neuerlichen Versuch, um mit den Vertretern der tschechoslowakischen Regierung in der Angelegenheit der Bevölkerung ungarischer Nationalität irgendeine Vereinbarung zu treffen.<sup>52</sup> Das Zustandekommen einer Vereinbarung drängte auch der Umstand, dass sich der frühere Standpunkt der tschechoslowakischen Regierung im Zusammenhang mit der Beurteilung der ungarischen Nationalität auch im Dezember 1945 und im Januar 1946 nicht wesentlich geändert hat. Ja, die tschechoslowakische Presse richtete – ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit – heftige Angriffe gegen Ungarn und steigerte ihre Kampagne, um eine tunlichst baldige Entfernung der ungarischen Nationalität zu erzwingen.<sup>53</sup> Dazu kam, dass es der ungarischen Regierung nicht gelungen ist bei den alliierten Grossmächten durchzusetzen, dass diese die Tschechoslowakei zu einer besseren Einsicht und einem nachgiebigeren Verhalten der ungarischen Nationalität gegenüber bewegen.<sup>54</sup> Gesandter Schoenfeld teilte am 9. Februar 1946 – in Beantwortung der Noten des ungarischen Aussenministers vom 20. November und 11. Dezember 1945 – auch offiziell mit, dass die USA das Zustandekommen einer internationalen Kommission zur Prüfung der ungarisch-tschechoslowakischen Frage oder zur Kontrolle jedweden Bevölkerungsaustausches „nicht für durchführbar hält“. Dementsprechend unterstützt sie auch den Wunsch Ungarns hinsichtlich einer internationalen Kontrolle der von Ungarn bewohnten Gebiete der Slowakei nicht. Zugleich



legte Schoenfeld auch fest, dass „die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine solche humane Lösung anerkennen und unterstützen wird, über die sich die Regierungen Ungarns und der Tschechoslowakei untereinander frei geeinigt haben“.<sup>55</sup> Nachdem also die westlichen Grossmächte in dieser Frage im wesentlichen ausschliesslich eine bilaterale Vereinbarung als gangbaren Weg betrachteten, blieb der ungarischen Regierung eigentlich keine andere Wahl übrig, wie eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei.

Zur Fortsetzung der Verhandlungen über die strittigen Fragen, namentlich im Zusammenhang mit dem Bevölkerungsaustausch, kam es zwischen dem 6. und 10. Februar 1946 wiederum in Prag.<sup>56</sup> An der zweiten Prager Verhandlung kam zwischen den Vertretern der beiden Regierungen eine Vereinbarung zustande, die sich in dem gemeinsam erarbeiteten Entwurf eines Abkommens über den ungarisch-tschechoslowakischen Bevölkerungsaustausch verkörpert hat. Über den Ablauf der Prager Verhandlungen und das Abkommen berichtete János Gyöngyösi am 16. Februar 1946 in der Sitzung der inzwischen unter dem Vorsitz von Ferenc Nagy konstituierten Regierung.<sup>57</sup> Demnach gibt die ungarische Regierung ihre Zustimmung zur freiwilligen Umsiedlung der ungarländischen Slowaken in die Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei kann zwecks Vorbereitung der Umsiedlung der Slowaken, der Übernahme der Erklärungen bezüglich der Anmeldungen und zur Abwicklung der ganzen Umsiedlungsaktion eine Regierungskommission nach Ungarn entsenden. Die ungarische Regierung wird die Tätigkeit der Kommission in jeder Weise unterstützen, ihr auf dem gesamten Landesgebiet freie Bewegung und die Möglichkeit gewähren, mit der Bevölkerung slowakischer Nationalität unmittelbar in Berührung zu treten. Die Kommission darf zwecks Anspornung zur Umsiedlung in Schrift und Wort sowie über den ungarischen Rundfunk eine Propaganda ausüben, jedoch ausschliesslich in slowakischer Sprache. Ausserdem darf sie in jeder betroffenen Gemeinde zwei öffentliche Versammlungen abhalten. Zur Werbetätigkeit stehen ihr sechs Wochen zur Verfügung, die Kommission und deren Mitglieder sind jedoch in jedem Fall verpflichtet sich jedweder Äusserung zu enthalten, die gegen die Souveränität des ungarischen Staates verstossen oder sich gegen das ungarische Volk richten würde.

Die ungarländischen Slowaken mussten ihre Umsiedlungsabsicht innerhalb von drei Monaten – von der Unterzeichnung des Abkommens gerechnet – bei der Kommission anmelden. Die Anmeldung musste aber – im Falle einer gerechtfertigten Verspätung – auch noch einen Monat später für gültig betrachtet werden. Die Kommission war verpflichtet die Namensliste und sonstige Daten jener die sich zur Umsiedlung angemeldet haben, einen Monat nach dem dreimonatigen Anmeldetermin, beziehungsweise 15 Tage nach der Nachfrist der ungarischen Regierung bekanntzugeben.<sup>58</sup>

Die Tschechoslowakei sicherte sich – wie dies aus dem Abkommenentwurf hervorgeht – auch dazu das Recht, der Anzahl der umsiedelnden Slowaken entsprechend die gleiche Zahl solcher Einwohner ungarischer Nationalität zu entfernen, richtiger zur Aussiedelung vom Gebiet der Re-

publik zu bestimmen, die ihre Staatsbürgerschaft, den diesbezüglichen tschechoslowakischen Rechtsnormen entsprechend, verloren haben. Darüber hinaus konnte die tschechoslowakische Regierung weitere Personen aussiedeln, die laut §§ 1–4 und 5 der Verordnung des SNR vom 5. Mai 1945 als Kriegsverbrecher gelten, deren Anzahl aber 1000 nicht überschreiten durfte. Ungarn war verpflichtet Obige ausnahmslos aufzunehmen und ihnen die Staatsbürgerschaft zu erteilen. Gleichzeitig mussten bei der Anzahl der Auszusiedelnden nach Ungarn auch jene Personen berücksichtigt werden, die aus der Tschechoslowakei bereits ausgewiesen wurden oder von dort weggezogen sind, mit Ausnahme der als Kriegsverbrecher geltenden. Die Tschechoslowakei verpflichtete sich auch dazu, dass die gesellschaftliche, Vermögens- und Beschäftigungszusammensetzung der zur Aussiedlung Bestimmten der Schichtung der Bevölkerung ungarischer Nationalität proportional entspreche. Die zur Aussiedlung bestimmten Personen dürfen ihre Mobilien ohne jede Zoll- beziehungsweise Aus- und Einfuhrbeschränkung mit sich nehmen; ihre Immobilien fallen hingegen dem tschechoslowakischen Staat zu, für die er eine Entschädigung zu zahlen hat, mit Ausnahme jenes Besitzanteils, der 50 Katastraljoch übersteigt. Die mit der Umsiedlung der Ungarn verbundenen Kosten gingen zu Lasten des ungarischen Staates, die der umsiedelnden Slowaken hingegen zu denen der Tschechoslowakei.<sup>59</sup>

Zwecks Erleichterung der Durchführung des Abkommens war die Erstellung einer aus je zwei Mitgliedern bestehenden gemischten Kommission vorgesehen, deren Vorsitzender „aus den Staatsbürgern der Vereinten Nationen“ gewählt werden sollte.<sup>60</sup> Die in der gemischten Kommission vorgebrachten Anträge durften im allgemeinen nur im Falle einer Einstimmigkeit in Kraft treten, in Ermangelung derer war die Stellungnahme des Vorsitzenden entscheidend.

Die Vertreter der beiden Regierungen schlossen dem Abkommenentwurf bezüglich des Bevölkerungsaustausches ein Protokoll an.<sup>61</sup> Im Protokoll versprach die tschechoslowakische Regierung bis zur endgültigen Regelung der Lage der Bevölkerung ungarischer Nationalität die Durchführung der Massnahmen bezüglich der Aussiedelung und der Umsiedlung innerhalb der Republik aufzuheben, sowie keine weiteren Vermögensentziehungen vorzunehmen und den entlassenen öffentlichen Angestellten und Rentnern ungarischer Nationalität eine – zur Erhaltung ihres Existenzminimums nötige – soziale Unterstützung zuzusichern. Gleichzeitig damit legte die tschechoslowakische Regierung auch im Protokoll ihr Recht nieder, wonach sie – falls sie ihre ursprünglichen Pläne bezüglich der ungarischen Nationalität im Laufe der später zu führenden Verhandlungen nicht durchsetzen könnte, – die Frage der Friedenskonferenz vorzulegen oder eine andere Lösung zu suchen berechtigt ist. Auch die ungarische Regierung behielt sich das Recht vor, die Sache der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei zur Entscheidung eventuell der Friedenskonferenz anzuvertrauen, falls jedoch die tschechoslowakische Regierung sich zur Lösung der Frage mit anderen Mitteln entschliessen würde, beanspruchte sie für sich freie Hand.<sup>62</sup>

Der Ministerrat nahm den Bericht des Aussenministers Gyöngyösi zur Kenntnis und stimmte der Unterzeichnung des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch bei.<sup>63</sup> Das Abkommen über den Bevölkerungsaustausch war — wie dies aus seinem gesamten Inhalt hervorgeht — keine Vereinbarung zweier gleichberechtigter Staaten beziehungsweise Regierungen, sondern eine Vereinbarung zwischen der siegreichen Tschechoslowakei und dem besiegten Ungarn. Eine Regelung des Schicksals der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei konnte man von diesem Abkommen schon von vornherein nicht erwarten. Die von ungarischer Seite gemachten, sozusagen beispiellosen Zugeständnisse kann man — über das oben Erwähnte hinausgehend — höchstens damit erklären, dass die in ihrer Tätigkeit international beschränkte und sich selbst überlassene Regierung keinen anderen Ausweg fand und damit den Versuch unternahm, den einseitigen Ausweisungen und den Anwendungen der für die Bevölkerung ungarischer Nationalität ungemein schwierigen und ungerechten Massnahmen Einhalt zu gebieten. Ausserdem versuchte hier die ungarische Regierung auch die Taktik des Zeitgewinnes anzuwenden.

Die Vertreter der beiden Regierungen unterzeichneten das ungarisch-tschechoslowakische Abkommen über den Bevölkerungsaustausch am 27. Februar 1946 in Budapest.<sup>64</sup> Nach der Unterzeichnung des Abkommens trafen sich — auf Clementis' Initiative — die Mitglieder der tschechoslowakischen Regierungsdelegation mit den Führern der Koalitionsparteien.<sup>65</sup> Gelegentlich des Treffens legte der tschechoslowakische Staatssekretär für Äusseres dar, dass das in der Angelegenheit des Bevölkerungsaustausches zustandegekommene Abkommen das Problem der ungarischen Nationalität keineswegs löse. Hernach wiederholte er jenen tschechoslowakischen Standpunkt, wonach die Tschechoslowakei ein Nationalstaat werden will und sich der deutschen und ungarischen Minderheit entledigen möchte. Im Zusammenhang damit schlug Clementis vor, die beiden Regierungen mögen ein weiteres Abkommen treffen, demnach Ungarn auch die nach Durchführung des ersten Abkommens noch in der Tschechoslowakei verbleibenden Ungarn, — deren Anzahl der Staatssekretär für Äusseres auf etwa 200 000 Personen schätzte —, ebenfalls im vollen Umfang aufnehmen soll. Um seinen Worten grösseren Nachdruck zu verleihen, erklärte Clementis auch, dass die in der Tschechoslowakei verbleibenden Ungarn mit einem Minoritätenschutz überhaupt nicht rechnen dürften. Was mehr, die in einem Block lebenden Nationalitäten würden in verschiedene Gegenden der Republik zerstreut umgesiedelt werden. Schliesslich legte er fest, dass von einer territorialen Änderung zu Gunsten Ungarns unter keinerlei Umständen gesprochen werden könne.

Auf obige Auseinandersetzungen antwortete als erster János Gyöngyösi im Namen der Partei der Unabhängigen Kleinen Landwirte, da ihn der anwesende Béla Varga darum gebeten hat. Gyöngyösi wies einerseits die „Thesen“ Clementis zurück, andererseits versuchte er zu beweisen, dass die Unabhängigen Kleinen Landwirte eine Zusammenarbeit mit allen Nachbarstaaten, so auch mit der Tschechoslowakei, anstrebt. Zugleich erklärte er, dass Frieden, Ruhe, Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den

beiden Ländern nur im Falle einer Liquidierung der ungelösten Probleme möglich ist. Seiner Meinung nach würde die Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität oder deren getrennte Umsiedelung innerhalb des Landes in Ungarn eine solche Verbitterung hervorrufen, die im wesentlichen die Schaffung guter Beziehungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei unmöglich machen würde. „Die Partei der Kleinen Landwirte“, betonte Gyöngyösi, fühlt sich verantwortlich gegenüber der ungarischen Nation, dem Ungartum in der Tschechoslowakei und der Nachwelt. Abgesehen davon würde sie auch deshalb keine solche Vereinbarung treffen, weil die nationale allgemeine Meinung im Falle einer solchen Vereinbarung die derzeitige demokratische Führung wegfegen würde.“<sup>66</sup> Gyöngyösi zog, gleichsam als Zusammenfassung seiner Meinung – im Einvernehmen mit Béla Varga – die Schlußfolgerung, dass die seitens Clementis vorgeschlagene „Lösung“ genauso unannehmbar ist, wie man sich auch dagegen verwahren muss, was der Staatssekretär des Äusseren der Tschechoslowakei für den Fall, dass sein Vorschlag abgewiesen würde, in Aussicht gestellt hat. Mátyás Rákosi wies vor allem darauf hin, dass die Annahme des Vorschlags Clementis' den Sturz der ungarischen Volksdemokratie bedeuten würde, was sich selbstverständlich auch auf die zukünftigen Verhältnisse der Tschechoslowakei auswirken würde. Die ungarischen Kommunisten können der Unterzeichnung eines solchen Vertrags nicht zustimmen – sagte der Generalsekretär der Ungarischen Kommunistischen Partei –, aufgrund dessen „das gesamte Ungartum der Slowakei nach Ungarn umgesiedelt werden müsste.“<sup>67</sup> Árpád Szakasits und Imre Kovács schlossen sich im Namen der Sozialdemokratischen Partei beziehungsweise der Nationalen Bauernpartei der Meinung jener an, die vor ihnen das Wort ergriffen haben. Péter Veres hingegen ergänzte die Äusserungen noch damit, dass er den Anspruch der Tschechoslowakei auf die Schaffung eines Nationalstaates würdige, da ja „auch wir nichts anderes wollen“, freilich nicht im Sinne der Auffassung Clementis'.<sup>68</sup>

Gelegentlich der Besprechungen, die die Mitglieder der tschechoslowakischen Regierungsdelegation mit den Führern der Koalitionsparteien führten, kam der Gedanke wieder zur Sprache, dass die beiden benachbarten Volksdemokratien durch weitere gegenseitige Zugeständnisse, eventuell anhand gewisser territorialer Änderungen einander näher gebracht werden könnten. Der Standpunkt der Teilnehmer an dem Treffen stand jedoch auf diesem Gebiet so fern voneinander, dass eine endgültige Vereinbarung – aufgrund bilateraler Verhandlungen – sozusagen völlig aussichtslos schien. Nach der Zusammenkunft am 27. Februar gab übrigens auch die kommunistische Presse schon einen kräftigeren Ausdruck den zwischen dem ungarischen und dem tschechoslowakischen Standpunkt in Erscheinung tretenden Unterschiedlichkeiten. Das Blatt „Szabad Nép“ unterrichtete seine Leser in seinem Bericht von der Unterzeichnung des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch im Grunde genommen über alle wichtigeren Fragen, die an den Verhandlungen zur Sprache kamen – mit Ausnahme der territorialen Frage.<sup>69</sup>

Die Tschechoslowakische Umsiedlungskommission begann — im Sinne des diesbezüglichen Punktes des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch — am 4. März 1946 ihre Tätigkeit in Ungarn. Die Mitglieder und Experten der Kommission suchten die Siedlungen Ungarns, wo Bevölkerung slowakischer Nationalität lebte, der Reihe nach auf. Sie veranstalteten Versammlungen und Vorträge, führten gruppenweise und individuelle Gespräche, verteilten und kolportierten schriftliches Werbematerial im Kreise des Slowakentums. Ausserdem gaben sie das wöchentlich dreimal erscheinende Blatt „Sloboda“ heraus, ferner stand ihnen über eineinhalb Monate lang — für Sendungen von täglich 30 Minuten — auch der Budapester Rundfunk zur Verfügung.<sup>70</sup>

Schon in den ersten Tagen und Wochen der Tätigkeit der Tschechoslowakischen Umsiedlungskommission stellte es sich heraus, dass deren Mitglieder das Abkommen über den Bevölkerungsaustausch, die Vorbereitung der Repatriierung der Bevölkerung slowakischer Nationalität sehr „elastisch“ auslegen und behandeln. Namentlich mit den ohne Bewilligung eintreffenden „Experten“ ergaben sich zahlreiche Probleme. Schriftsteller, Schauspieler, Journalisten, Pfarrer und Vertreter des slowakischen gesellschaftlichen Lebens von unterschiedlicher politischer Einstellung übten ihre Tätigkeit sozusagen ohne jedwede Kontrolle aus. Zwecks Erweckens des Interesses für die Umsiedlung beriefen sie sich nicht so sehr auf das nationale Bewusstsein der Bevölkerung slowakischer Nationalität, sondern eigentümlicherweise auf die sich aus der tatsächlich schwierigen wirtschaftlichen Lage Ungarns ergebende Aussichtslosigkeit.<sup>71</sup> Ausserdem verbreiteten sie in weitem Kreis, dass jene Slowaken, die jetzt nicht freiwillig auswandern, später mit Gewalt in die Tschechoslowakei ausgesiedelt werden, dann aber würden sie keinen Boden mehr bekommen. Was mehr, die hier Verbleibenden werden von den ungarischen Behörden in Transdanubien zerstreut umgesiedelt, beziehungsweise zu den slowakischen Familien werden aus der Tschechoslowakei ausgesiedelte Ungarn eingewiesen.<sup>72</sup>

Die Mitglieder der Tschechoslowakischen Umsiedlungskommission und die die Umsiedlung antreibenden Propagandisten wurden in den meisten Ortschaften zweifellos mit lebhaftem Interesse, zuweilen mit Begeisterung seitens der Bevölkerung slowakischer Nationalität empfangen. Der Wunsch in die Tschechoslowakei umzusiedeln war bei vielen tatsächlich von dem natürlichen Anspruch der Zugehörigkeit zu einer nationalstaatlichen Gemeinschaft genährt. Eine nicht minder bedeutende Rolle spielte aber auch die Möglichkeit einer Bodenzuteilung, deren Bedeutung durch den Umstand nur noch gesteigert wurde, dass jenseits der Theiss auch nach der Bodenreform vom Jahre 1945 große Massen nach wie vor ohne Boden blieben. Doch gab es unter jenen, die umzusiedeln wünschten, solche Slowaken — und auch nicht Slowaken —, die eine leichte und rasche Bereicherung, Wohlstand, eventuell das Schuldbewusstsein ihrer rechtsgerichteten Vergangenheit oder die Hoffnung einer Flucht vor der Verantwortlichmachung nach der Tschechoslowakei lockten. Gleichzeitig zögerte auch die Tschechoslowakische Umsiedlungskommission selbst nicht sehr die Anmeldung von Einwohnern nicht slowakischer Natio-



nalität, gegebenenfalls auch die von Deutschen zu akzeptieren. Nicht zu reden von der Anmeldung Angehöriger von Kriegsgefangenen – häufig ohne Rücksicht auf ihre nationale Zugehörigkeit –, denen sie die Heimbe-förderung der letzteren versprochen. Jene Auffassung nämlich, wonach in Ungarn im wesentlichen genauso viel Slowaken leben, wie Ungarn in der Tschechoslowakei, schien jeden und jedweden Bewerber zu rechtfertigen.<sup>73</sup>

Das Sekretariat der Ungarischen Kommunistischen Partei befasste sich am 18. März 1946 eingehender mit der das Abkommen über den Bevölkerungsaustausch verletzenden Tätigkeit der Tschechoslowakischen Umsiedlungskommission und mit den Übertreibungen ihrer Propaganda. Auf Initiative der Kommunistischen Partei gab die Regierung unter Ferenc Nagy am 21. März eine offizielle Erklärung ab, die folgendes enthielt: „Die ungarische Regierung nahm stets den Standpunkt ein, dass jeder, der das Land verlassen will, sich frei entfernen kann. Wer hingegen in Ungarn verbleiben will, genießt hier totalen und lückenlosen Rechtsschutz. Der Leitgedanke der Politik der ungarischen Regierung ist, dass die Aussiedlung niemals aufgrund eines Zwanges, sondern immer aus freiwilligem Entschluss zu erfolgen hat, und dass die Aussiedler keinerlei Vermögensschädigung erleiden dürfen. Von einer Umsiedlung kann nur innerhalb dieses Rahmens gesprochen werden. Kein ungarischer Staatsbürger wird weder jetzt noch später mit Gewalt zum Verlassen des Landes gezwungen oder gelegentlich der Aussiedlung seines Vermögens verlustig werden. Auf dem Gebiet Ungarns steht jeder ungarische Staatsbürger unter dem Schutz unserer Gesetze, und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.“<sup>74</sup> Die Abgabe und Verbreitung obiger Erklärung urgierte übrigens auch der Umstand, dass im Kreise der Bewohner der betroffenen Gebiete das Interesse für die produktive Arbeit stark abnahm, was bei Eintritt des Frühlings – da es sich grundlegend um Dorfbewohner gehandelt hat – für die Zukunft sehr schwere Folgen haben konnte. In den von Slowaken bewohnten Gemeinden und Dörfern ging eine eigenartige Umlagerung politischer Art vor sich. Ausser der Umsiedlung spielte nämlich jede andere Frage eine zweitrangige, nebensächliche Rolle. „Bisher gruppierten sich die Dorfbewohner – stellt ein zeitgenössischer Bericht fest – so, dass auf der einen Seite die Anhänger der Demokratie, auf der anderen unsere Feinde standen. . . . Heute gibt es zwei Gruppen: die Aussiedler und die hier Verbleibenden.“<sup>75</sup>

In der ersten Hälfte April vermehrten sich in der ungarischen Presse auffallend Stimmen, welche die Nationalitätenpolitik der tschechoslowakischen Regierung einer Kritik unterzogen. Diese wurden – abgesehen von den negativen Erfahrungen der Tätigkeit der Tschechoslowakischen Umsiedlungskommission in Ungarn – in erster Linie dadurch genährt, dass sich im Gegensatz zu den Erwartungen der Regierung unter Ferenc Nagy, hauptsächlich jener der Linksparteien, die Lage der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei im wesentlichen nicht gebessert hat. Im Gegenteil es schien, als wollten die tschechoslowakischen Behörden das Abkommen über den Bevölkerungsaustausch selbst zur

Entrechtung benutzen. In dieser Hinsicht gerieten besonders die werktätigen Bauern in Gefahr, da man mit Recht befürchten konnte, dass sie durch Anwendung der auf die sog. „kleinen Kriegsverbrecher“ bezüglichen Massnahmen in grossen Massen ihres Bodens verlustig und in die Liste der „überzählig“ Auszusiedelnden aufgenommen werden. Ausserdem gab auch die Anordnung einer Konskription der Ungarn in der Tschechoslowakei Grund zur Besorgnis, über deren Ursachen die ungarische Regierung in einer Note Aufklärung von der Tschechoslowakei verlangte.<sup>76</sup> „Ungarn hat namhafte Opfer gebracht“, so das Blatt „Szabad Nép“, als sie das Abkommen über den ungarisch-tschechoslowakischen Bevölkerungsaustausch unterzeichnet hat. Die Vorteile dieses Abkommens liegen fast ausschliesslich auf tschechoslowakischer, und alle Nachteile auf ungarischer Seite. Ungarn wollte mit der Unterzeichnung des Abkommens den Beweis dafür liefern, dass es auch zu schweren Opfern bereit ist, um eine dauernde, friedliche Koexistenz zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei zustandezubringen... Seit der Unterzeichnung des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch mussten wir jedoch eine Reihe solcher Erscheinungen erfahren, die den Beweis dafür erbringen, dass in der Tschechoslowakei der Bevölkerungsaustausch nicht als eine zur demokratischen Lösung der tschechoslowakisch-ungarischen Frage führende Brücke betrachtet wird, sondern als ein Sprungbrett zur völligen Liquidierung des Ungartums der Tschechoslowakei als Nationalitätengruppe.“<sup>77</sup> Die Zeitung „Národná Obroda“ und andere tschechoslowakischen Blätter sowie die neuerliche Erklärung Beneš, vom 10. April 1946 zwangen das Blatt „Szabad Nép“ zu einer wiederholten Stellungnahme und Antwort. Der Präsident der Republik bewertete nämlich das Abkommen über den Bevölkerungsaustausch gelegentlich einer Ansprache, die er vor einer Delegation der ungarländische Slowaken gehalten hat, einfach als einen tschechoslowakischen „Sieg“, und wiederholte seine Meinung, wonach die Ungarn die Tschechoslowakei verlassen müssen. „Szabad Nép“ antwortete dem Präsidenten, dass „für die Aussiedlung der Deutschen eine internationale Entscheidung vorliegt, für die Ungarn gibt es keine solche und wir haben Grund genug anzunehmen, dass es eine solche auch nicht geben wird...“<sup>78</sup> Das Blatt klärte übrigens schon in einem früheren Artikel deutlich den Standpunkt der Kommunistischen Partei und der ungarischen Volksdemokratie im Zusammenhang mit der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei: „Die Sicherung der menschlichen, bürgerlichen und kulturellen Rechte der ungarischen Minderheit in der Slowakei im Friedensvertrag ist das Ziel, dessen Erreichen elementare Pflicht der ungarischen Demokratie ist.“<sup>79</sup> Die Darlegung dieses Standpunktes liess gleichzeitig auch empfinden, dass auch die Ungarische Kommunistische Partei – ähnlich den anderen Koalitionsparteien – immer mehr eine Regelung von internationaler Geltung bevorzugte, und innerhalb derer einen Ausweg aus der offensichtlichen Sackgasse des ungarisch-tschechoslowakischen Bevölkerungsaustausches suchte.

Die Aussichten eines Erfolgs bilateraler Verhandlungen machten übrigens die Stellungnahme der Aussenministerkonferenz vom 7. Mai 1946,

besonders aber die aus Paris stammenden diplomatischen Berichte und sonstigen Informationen sozusagen zunichte, die darüber berichteten, dass die Tschechoslowakei zugleich mit dem gegenüber Ungarn angemeldeten territorialen Anspruch nach wie vor auch an der Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität festhält.<sup>80</sup> Unter solchen Umständen setzte die Nationalversammlung für den 10. Mai die Inartikulierung des ungarisch-tschechoslowakischen Abkommens über den Bevölkerungsaustausch vom 27. Februar 1946 auf die Tagesordnung.<sup>81</sup> In der Debatte über den Gesetzesantrag forderte die bürgerliche Opposition – gestützt auf die zunehmende Ernüchterung der öffentlichen Meinung – nicht nur die Ablehnung der Ratifizierung, sondern sie versuchte anhand dessen – schon vorweg – die Linksparteien und namentlich die Kommunistische Partei für die gesamte bisherige aussenpolitische Tätigkeit der Regierung verantwortlich zu machen, mit besonderer Bezugnahme auf den Frieden, der fürwahr nicht viel Gutes zu erhoffen liess.<sup>82</sup> Die Schwierigkeiten wurden auch dadurch noch gesteigert, dass ein Teil der Abgeordneten der grössten Koalitionspartei, der Partei der Unabhängigen Kleinen Landwirte, sich aus den aussenpolitischen Sorgen und Schwierigkeiten „Kapital“ herauschlagen wollte. Die Mehrzahl der betreffenden Abgeordneten erschien überhaupt nicht in der Nationalversammlung, oder wenn sie eventuell dort dennoch erschienen waren, verliessen sie unmittelbar vor der Abstimmung den Sitzungssaal. Somit war die Nationalversammlung gezwungen, die Abstimmung – zum ursprünglich geplanten Zeitpunkt – wegen Beschlussunfähigkeit zu verschieben. Aber auch am 14. Mai 1946, also bei der zweiten Gelegenheit war die Nationalversammlung nur „ganz knapp“ beschlussfähig. Die Nationalversammlung verabschiedete schliesslich mit Stimmenmehrheit das ungarisch-tschechoslowakische Abkommen über den Bevölkerungsaustausch.<sup>83</sup> Mit der Abstimmung wurde freilich nur der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen, während die tatsächlichen Probleme bezüglich des Bevölkerungsaustausches nicht nur offen blieben, sondern sie weiteten sich später noch bedeutend aus.

\*

Die Tschechoslowakei überreichte am 14. Juni 1946 der ungarischen Regierung die Namensliste jener Slowaken, die sich zur Umsiedlung gemeldet hatten. In der Namensliste waren 92 390 Personen angeführt.<sup>84</sup> Dies zeigte, dass die Tätigkeit der Tschechoslowakischen Umsiedlungskommission in Ungarn recht erfolgreich war, stellte doch die Anzahl der Gemeldeten die Mehrheit des ungarländischen Slowakentums dar.<sup>85</sup> Die tschechoslowakischen Behörden und die öffentliche Meinung waren mit der Anzahl der in die Tschechoslowakei umzusiedeln Wünschenden dennoch unzufrieden, weil diese weit hinter der vorherigen Erwartung zurückblieb. Eine der entscheidendsten Ursachen der Enttäuschung bezeichnet Z. Zvara folgendermassen: „Die Austauschaktion vermochte ihr gesetztes Ziel, nämlich den Austausch des gesamten Ungartums der Tschechoslowakei, beziehungsweise eines beträchtlichen Teils dessen, nicht zu erreichen, Die Anzahl der ungarländischen Slowaken wurde beispielsweise unrichtig

eingeschätzt, und genauso auch die Anzahl der Ungarn in der Tschechoslowakei. Die sog. Experten des Aussenministeriums und der Beauftragtenämter schätzten die Zahl der ungarländischen Slowaken auf 540 000, die Ungarn in der Slowakei hingegen – ihre Anzahl betrug etwa 600 000 – wurden zum Grossteil als magyarisierte Slowaken qualifiziert<sup>86</sup>. Bei eingehender Prüfung der Namenslisten stellte sich aber auch heraus, dass die Aufnahme von 29 950 Personen in die Umsiedlungsliste den Vorschriften und dem Geist des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch nicht entsprach.<sup>87</sup>

Schon im Laufe der Anmeldungen zur Umsiedlung bezichtigten sich die Vertreter der beiden Regierungen gegenseitig fast fortlaufend der Verletzung des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch. Auf die Note der Tschechoslowakei vom 20. Mai 1946 reagierte auch die Presse in einem recht scharfen Ton, besonders deshalb, weil jene – in einer in der diplomatischen Praxis ziemlich ungewöhnlichen Weise – der Weltpresse früher bekannt war als der ungarischen Regierung, wobei sie auch den tatsächlichen Hintergrund der tschechoslowakischen Beschwerden aufblicken liess: „Der Bevölkerungsaustausch war für die Tschechoslowakei bloss der erste Schritt zur Liquidierung des Ungartums in der Slowakei. Die jetzige Protestnote will die weiteren Schritte vorbereiten und dem Ausland gegenüber rechtfertigen. Die ungarischerseits angeblich erfolgte Verletzung des Abkommens ist ein leicht zu durchschauender Vorwand. Man konnte mit dieser Protestnote schon deswegen rechnen, weil die slowakische Umsiedlungspolitik in der Tschechoslowakei eine ernste Enttäuschung verursacht hat“.<sup>88</sup> Die tschechoslowakische Regierung beklagte in ihren Noten übrigens nur in insgesamt 42 Gemeinden zu Lasten von 47 Personen verübte Benachteiligungen konkret, obwohl die Tschechoslowakische Umsiedlungskommission in 517 Gemeinden ihre Propagandatätigkeit ausübte und mit mehreren zehntausend Personen in Ungarn in unmittelbare Verbindung trat. Gleichzeitig waren die offiziellen ungarischen Beschwerden an Ausmass und Bedeutung grösser als obige. Die in den Noten des Aussenministeriums enthaltenen Beschwerden und Verletzungen veröffentlichte das Blatt „Szabad Nép“ wie folgt: „1. Die nach Ungarn entsandte Tschechoslowakische Umsiedlungskommission verletzte das Abkommen in 21 Fällen, und zwar in wesentlichen, grundsätzlichen Fragen und äusserte sich im Laufe ihrer Propaganda ungünstig und abfällig über den ungarischen Staat, die ungarische Demokratie und die Wirtschaftslage Ungarns. 2. Die Grundbestimmung des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch, wonach den in der Slowakei entlassenen öffentlichen Angestellten und Altersrentnern ungarischer Nationalität eine ihren Lebensunterhalt sichernde Unterstützung gezahlt werden muss, wurde nicht eingehalten. 3. Die tschechoslowakische Presse und der Rundfunk greift seit Unterzeichnung des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch Ungarn, die ungarische Demokratie und die in der Slowakei lebende ungarische Minderheit nach wie vor in einem – in den internationalen Beziehungen ungewöhnlichen – scharfen Ton an. 4. Die Organe des tschechoslowakischen Innenministeriums verfolgen das Ungartum in der Slowakei unverändert weiter...

5. Der tschechoslowakische Kabinettsbeschluss, welcher die Verordnung über die Enteignung des Vermögens der Ungarn suspendiert, wird von den slowakischen Behörden nicht befolgt.<sup>89</sup>

Das ungarisch – tschechoslowakische Verhältnis gestaltete sich in der zweiten Hälfte des Juni und im Juli besonders gespannt, als die ungarische öffentliche Meinung davon Kenntnis erlangt hat, dass die Tschechoslowakei unabhängig vom Abkommen über den Bevölkerungsaustausch, richtiger über diesen hinaus, weitere 200 000 Ungarn aus dem Lande aussiedeln will und hierzu um die Unterstützung der Friedenskonferenz gesucht hat.<sup>90</sup> Der tschechoslowakischen Begründung gemäss würden sich von den 500 000 Ungarn der Slowakei etwa 100 000 aufgrund des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch entfernen, somit würden insgesamt 300 000 Ungarn ausgesiedelt werden. Die restlichen 200 000 Ungarn würden hingegen „aufgrund ihrer slowakischen Abstammung“ die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zurückerhalten. Aufgrund all dessen würde die ungarische Minderheit in der Tschechoslowakei aufhören zu existieren, das heisst das Problem des Nationalstaates wäre gelöst. Im Zusammenhang mit obiger Konzeption begannen die tschechoslowakischen Behörden – aufgrund der Verordnung des slowakischen Beauftragten des Inneren vom 17. Juni 1946 – im Kreise der Bevölkerung ungarischer Nationalität die sog. Reslowakisierung, oder mit anderen Worten ihre Rückslowakisierungskampagne. Im Laufe dieser wurden die Ungarn vor die Wahl gestellt: wenn sie sich für Slowaken bekennen, erhalten sie ihre Staatsbürgerschaft zurück, wenn nicht, dann müssten sie ihr Heim verlassen und würden aus der Tschechoslowakei ausgewiesen werden.<sup>91</sup> Diese als freiwillig angekündete Kampagne wollte in der Praxis mit verschleierten und offenen Mitteln der Gewalt erreichen, dass sich – selbst der slowakischen Sprache Unkundige – Ungarn in grossen Mengen für Slowaken bekennen. Die in ihren Lebensbedingungen stark erschütterten und seit langen Monaten Behelligungen und Verfolgungen ausgesetzten Menschen genügten dem Wunsch der Behörden, namentlich nachdem sie eine handgreifliche Unterstützung von nirgends erhalten und auch nicht erhoffen konnten. Im Laufe der Kampagne bekannten sich etwa 400 000 Ungarn für Slowaken, aber auch so widerstand in mehreren Bezirken (Komárom, Párkány, Feled usw.) ein ansehnlicher Teil der Bevölkerung dem Druck.<sup>92</sup> Die tschechoslowakischen Behörden wollten mit der Reslowakisierung im wesentlichen das erreichen, was sie vom Bevölkerungsaustausch, infolge der für sie nicht genügenden Anzahl der repatriierenden Slowaken, umsonst erwartet haben. Der Reslowakisierungskampagne massen jedoch die tschechoslowakischen Behörden wahrscheinlich auch hinsichtlich der Friedenskonferenz Bedeutung zu, wurde doch dadurch die ungarische Nationalität – zumindest „auf dem Papier“ – in der Tschechoslowakei zu einem Faktor, der zweifellos ausser acht gelassen werden konnte. Gleichzeitig zeugte die Tatsache, dass die tschechoslowakische Regierung auch auf der Friedenskonferenz starr an der Aussiedlung der Bevölkerung ungarischer Nationalität festhielt, eher davon, dass sie selbst das Ergebnis der Reslowakisierung für einen Akt von zweifelhaftem Wert betrachtete. Die Aufrufe,



welche die offiziellen Persönlichkeiten und die zeitgenössische Presse an die Reslowakisierten gerichtet haben, weisen übrigens ebenfalls darauf hin.<sup>93</sup>

Die ungarische Regierung konnte natürlich weder den Plänen der tschechoslowakischen Behörden bezüglich der einseitigen Aussiedlung, noch der Reslowakisierungskampagne tatenlos zusehen. Aussenminister Gyöngyösi legte in seinem an die Aussenministerkonferenz am 28. Juni 1946 gerichteten Telegramm die neuerlichen und schweren Banachteiligungen, welche die Bevölkerung ungarischer Nationalität getroffen hat, vor den alliierten Grossmächten dar.<sup>94</sup> Ausser dem Telegramm des Aussenministers trachtete besonders die Presse der Koalitionsparteien die Aufmerksamkeit der internationalen öffentlichen Meinung der Lage des Ungartums in der Tschechoslowakei zuzuwenden. Das Blatt „Szabad Nép“ schrieb in seinem Leitartikel unter dem Titel „Gerechtigkeit für die Ungarn in der Slowakei“ darüber, dass die Tschechoslowakei durch die einseitige Aussiedlung und der gewaltsamen Slowakisierung des Ungartums in der Slowakei die völlige Vernichtung der Ungarn als Nationalitätengruppe verwirklichen will.<sup>95</sup> Auch die Sozialdemokratische Partei gab ihr zumeist zurückhaltendes Verhalten auf und verurteilte in ihrem Zentralblatt in einem ausserordentlich scharfen Ton die Reslowakisierungskampagne. „Wir sind der Grenzen unserer Kraft bewusst“, schreibt das Blatt „Népszava“, aber wir sind auch mit der Kraft der Demokratie im Klaren. Die siegreichen Demokratien dulden es nicht, und können es auch nicht dulden, dass mit den nahezu dreiviertel Millionen Ungarn das geschehe, was jetzt begonnen hat . . . man kann nicht 700 000 Menschen widerrechtlich und wehrlos dem voreingenommenen und über ein schlechtem Gewissen verfügenden als Beute hinwerfen.“<sup>96</sup> Im Namen der Partei der Unabhängigen Kleinen Landwirte erhob der Parteivorsitzende und Ministerpräsident Ferenc Nagy das Wort im Interesse der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei und erwartete von den alliierten Grossmächten die gerechte Entscheidung „betreffs des Schicksals unserer in der Slowakei lebenden Geschwister“.<sup>97</sup>

Auf den Protest der ungarischen Regierung und der Koalitionsparteien änderte die Tschechoslowakei natürlich nichts an ihrem unsprünghlichen Standpunkt, so viel konnte immerhin aber erreicht werden, dass die Frage der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei im gewissen Sinn tatsächlich zu einer internationalen Angelegenheit wurde.

\*

Die ungarische Friedensdelegation beantragte in Paris — in ihren Bemerkungen zum Entwurf des Friedensvertrags — die unveränderte Aufrechterhaltung der ungarisch-tschechoslowakischen Staatsgrenze vom 31. Dezember 1937 und bat zugleich darum, dass die tschechoslowakische Regierung ihre diskriminierenden Massnahmen gegenüber der Bevölkerung ungarischer Nationalität einstelle und die Betroffenen ihre menschlichen und bürgerlichen Rechte zurückerhalten mögen.<sup>98</sup> Demgegenüber

beantragte die tschechoslowakische Friedensdelegation vor allem, dass Ungarn verpflichtet werde, 200 000 Ungarn aus der Tschechoslowakei einseitig aufzunehmen.<sup>99</sup> Die tschechoslowakische Friedensdelegation vermochte zur Begründung des obigen kein einziges, bisher unbekanntes Argument vorzubringen, es sei denn, dass man die Betonung dessen für ein solches betrachten würde, dass die ungarische nationale Minderheit eine ständige Reibungsfläche zwischen den beiden Ländern darstellt, daher würde ihre Entfernung aus der Tschechoslowakei die Schaffung eines gutnachbarlichen Verhältnisses sowie das Zustandekommen der Grundlagen eines friedlichen Zusammenlebens in Mitteleuropa ermöglichen.

Die mit dem ungarischen Friedensvertragsentwurf verbundenen Anträge begann das ungarische territoriale und politische Komitee in der zweiten Hälfte September 1946 eingehend zu behandeln.<sup>100</sup> In der Sitzung des Komitees bezeichneten die Vertreter Jugoslawiens und der Ukraine die Ansprüche der Tschechoslowakei für vollauf begründet. Wohl anerkannte in der Debatte auch der amerikanische Vertreter, dass der tschechoslowakische Grenzberichtigungsantrag beachtenswert sei, doch zeigte er sich zur Beratung dessen nur im Zusammenhang und gleichzeitig mit dem anderen Antrag bereit, der sich auf die Aussiedelung von 200 000 Ungarn bezog. Zugleich legte er entschieden fest, dass die USA mit der Aufnahme des Antrags in bezug auf die Aussiedelung der Bevölkerung ungarischer Nationalität in den Friedensvertrag nicht einverstanden ist.<sup>101</sup> Das Komitee entsandte schliesslich, mit besonderer Rücksicht auf die territorialen und sonstigen Ansprüche der Tschechoslowakei gegenüber Ungarn, zwecks deren eingehender Prüfung einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Ausschuss, in dem Australien, Kanada, Neuseeland, die Ukraine sowie die Tschechoslowakei vertreten waren.<sup>102</sup> Der Unterausschuss nahm in seiner Sitzung am 26. September 1946 den Gebietsanspruch der Tschechoslowakei gegenüber Ungarn grundsätzlich an. Bezüglich des Ausmasses der territorialen Forderung wurde aber sowohl der ursprüngliche Anspruch der Tschechoslowakei, wie auch der gemässigte Antrag, beziehungsweise die Vorbehalte seitens Kanadas und Australiens ins Protokoll aufgenommen.<sup>103</sup>

Im wesentlichen zur gleichen Zeit mit den Verhandlungen hinsichtlich des (Bratislavaer) Pressburger „Brückenkopfs“ wurde in den Sitzungen des ungarischen territorialen und politischen Komitees und zum Teil auch in jenen des Unterausschusses über den Antrag bezüglich der Aussiedlung von 200 000 Ungarn debattiert. Den bekannten tschechoslowakischen Antrag legte V. Clementis in der Sitzung vom 14. September dar, und Aladár Szegedi Maszák antwortete auf diesem am 18. September.<sup>104</sup> In der Debatte ergriff als erster der Vertreter der USA Bedell Smith das Wort, und erklärte auch diesmal, dass er dem Aussiedlungsantrag nicht zustimmen kann, da dieser für die Vereinigten Staaten von Amerika „mehr als unangenehm ist“.<sup>105</sup>

Hernach wiederholte er seinen früheren Antrag, wonach die Tschechoslowakei und Ungarn hinsichtlich der Grenzen und des Bevölkerungsaustausches bilaterale Verhandlungen pflegen sollen. Hierauf äusserte A. J. Wischinski seine Meinung, mit der er den tschechoslowakischen

Antrag unterstützte.<sup>106</sup> Auf der Sitzung des Komitees unterstützte auch der Vertreter Jugoslawiens den tschechoslowakischen Antrag. Letzterer legte jedoch gleichzeitig fest, dass Jugoslawien keine Aussiedlung der auf seinem Gebiet lebenden Ungarn plant, sondern einen freiwilligen und gegenseitigen Bevölkerungsaustausch anstrebt.<sup>107</sup>

In der Sitzung des ungarischen territorialen und politischen Komitees vom 23. September wurde die Debatte über den tschechoslowakischen Antrag fortgesetzt. Das britische Mitglied des Komitees brachte einerseits sein Verständnis für die Bestrebungen der Tschechoslowakei zum Ausdruck, wonach sie die Frage der Minoritäten endgültig regeln will, andererseits beurteilte er die Aufnahme des Prinzips der gewaltsamen Aussiedlung in den Friedensvertrag als schädlich. Eben deshalb betrachtete er für die beste und im Endergebnis für die einzige Lösung unmittelbare Verhandlungen und ein bilaterales Abkommen zwischen den beiden beteiligten Regierungen.<sup>108</sup> In Kenntnis der Meinungen der USA und Grossbritanniens wurde es – obwohl die Vertreter Frankreichs, Indiens, Kanadas und Australiens in der Debatte das Wort nicht ergriffen haben – immer klarer und eindeutiger, dass die Durchführung des tschechoslowakischen Antrags bezüglich Aussiedlung der 200 000 Ungarn in seiner ursprünglichen Form im Ausschuss nicht möglich ist. Doch nach all dem konnte auch kein Zweifel hinsichtlich dessen bestehen, dass sich die Lage im Plenum der Friedenskonferenz selbst in ähnlicher Weise gestalten wird. Unter solchen Umständen einigten sich die Mitglieder des Komitees einstweilen nur darin, dass das Problem zwecks weiterer Prüfung an den Unterausschuss des ungarischen territorialen und politischen Komitees zurückgewiesen werde.

Zu den vom Unterausschuss angeregten unmittelbaren bilateralen Verhandlungen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei kam es am 29. September 1946 unter dem Vorsitz des kanadischen Ausschussmitglieds General Pope.<sup>109</sup> In dieser Verhandlung verlas János Gyöngyösi, der Führer der ungarischen Friedensdelegation eine Deklaration, in der er – unter Berufung auf die Atlantische Charta und die Charta der UNO – das Prinzip der einseitigen Aussiedlung zurückwies.<sup>110</sup> Zugleich erklärte er, er sei im Interesse einer gerechten Lösung bereit, mit dem Vertreter der Tschechoslowakei über den Bevölkerungsaustausch zu verhandeln. Die Grundlage einer solchen Lösung kann jedoch – der ungarischen Friedensdelegation gemäss – nur die Zurücknennung jenes Grundsatzes sein, dass die Aussiedlung in Verbindung mit einer Grenzberichtigung zu erfolgen hat. J. Masaryk und die Mitglieder der tschechoslowakischen Friedensdelegation wiesen den ungarischen Antrag rundweg ab und erklärten, dass die Tschechoslowakei – als siegreicher Staat – über territoriale Konzessionen selbst zu verhandeln nicht geneigt ist. Die Grundlage der Verhandlung könne allein der zum ungarischen Friedensvertragsentwurf eingereichte Antrag darstellen, und wenn die ungarische Friedensdelegation dies nicht akzeptiert, dann gibt es keine gemeinsame Grundlage für die Verhandlungen und auch keine Hoffnung auf eine Vereinbarung.<sup>111</sup> Damit wurden die bilateralen Verhandlungen abgeschlossen.

Als Ergebnis der zwischen den Vertretern der alliierten Grossmächte geführten Besprechungen kam im Unterausschuss am 2. Oktober 1946 hinsichtlich des Schicksals des tschechoslowakischen Aussiedlungsantrags eine einstimmige Kompromissvereinbarung zustande.<sup>112</sup> Der Vertreter Neuseelands, Referent des Unterausschusses, teilte mit, dass der tschechoslowakische Antrag bei mehreren Mitgliedern des Unterausschusses auf „ernste Einwendungen“ gestossen ist. Alle sympathisieren hingegen mit der Bestrebung, dass die Tschechoslowakei ein Nationalstaat werden will. In Berücksichtigung all dessen beschloss der Unterausschuss den Originalantrag abzulehnen und eine neuere Lösung zu empfehlen, genauer den folgenden Text in den ungarischen Friedensvertrag aufzunehmen: „Ungarn pflegt bilaterale Verhandlungen mit der Tschechoslowakei, um die Frage der auf tschechoslowakischem Gebiet lebenden Bewohner ungarischen Ursprungs, die im Sinne des am 27. Februar 1946 geschlossenen Abkommens über den Bevölkerungsaustausch nicht nach Ungarn ausgesiedelt werden, zu lösen. Falls innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten vorliegenden Vertrags keine Vereinbarung zustandekäme, ist die Tschechoslowakei berechtigt, die Frage dem Rat der Aussenminister vorzulegen und zwecks Zustandekommens einer endgültigen Lösung um die Hilfe des Rates anzusuchen.“<sup>113</sup> Das ungarische territoriale und politische Komitee billigte am 6. Oktober obigen Antrag des Unterausschusses ebenfalls einstimmig.<sup>114</sup>

Der Beschluss des ungarischen territorialen und politischen Komitees vom 6. Oktober 1946 lenkte die Sache des ungarisch-tschechoslowakischen Bevölkerungsaustauschs im wesentlichen in neue Bahnen. Der abgeänderte Antrag war – zumindest im Vergleich mit dem Originalantrag – für Ungarn unbedingt günstiger. Er schloss die Möglichkeit einseitiger tschechoslowakischer Aktionen grundsätzlich aus und zwang die Tschechoslowakei anhand bilateraler Verhandlungen die Lösung zu suchen. In der Ablehnung des Originalantrags spielten zweifellos die Vereinigten Staaten von Amerika und Grossbritannien die grösste Rolle, doch vermochte die einstimmige Entscheidung nur mit Zustimmung der Sowjetunion zustandezukommen.

Das Plenum der Friedenskonferenz stimmte am 12. Oktober 1946 über den ungarischen Friedensvertragsentwurf ab.<sup>115</sup> Die gelegentlich der Annahme des ungarischen Friedensvertragsentwurfs abgegebenen Erklärungen enthielten im wesentlichen nichts Neues mehr. Auch eine Debatte entfaltete sich nur im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verpflichtungen Ungarns und der Aussiedlung der Bevölkerung ungarischer Nationalität aus der Tschechoslowakei. V. Clementis wiederholte in seiner Rede den ungebrochenen Willen seiner Regierung, die ungarische nationale Minderheit auszusiedeln, und brachte sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass die Friedenskonferenz den ursprünglichen tschechoslowakischen Antrag infolge des Widerstandes der USA und Grossbritanniens abgelehnt hat.



Die Nationalversammlung erteilte der Regierung am 5. Februar 1947 ohne jedwede besondere Debatte die Vollmacht zum Friedensschluss.<sup>116</sup> Demnach bestand also kein gesetzliches Hindernis mehr dazu, dass der Vertreter Ungarns den Friedensvertrag in Paris unterzeichne. Aber unmittelbar vor Unterzeichnung des Friedensvertrags überreichte Gesandter István Kertész — im Namen der ungarischen Friedensdelegation — dem französischen Aussenminister Bidault, Vorsitzender der Friedenskonferenz, eine Note, und lenkte in dieser die Aufmerksamkeit unter anderem auf die unregelmäßige Lage der nationalen Minderheiten. „Die ungarische Regierung bemängelte und bemängelt auch heute noch besonders“, so lautete die Note, „dass der jetzt zur Unterzeichnung gelangende Friedensvertrag keinerlei institutionelle Garantie hinsichtlich dessen enthält, dass die grundlegenden Menschenrechte der ausserhalb der Grenzen Ungarns lebenden Ungarn zu respektieren und ihnen bezüglich ihrer bürgerlichen Rechte die Gleichberechtigung zu gewährleisten ist.“<sup>117</sup> Hinsichtlich der letzteren beschwert sich die Note hauptsächlich über die Lage der Bevölkerung ungarischer Nationalität in der Tschechoslowakei, deren unveränderte Aktualität dadurch gegeben ist, dass die tschechoslowakischen Behörden schon seit Ende September-Anfang Oktober — unter Berufung auf die Verordnung über die Notstandsarbeit vom Jahre 1945 — Zehntausende der Bevölkerung ungarischer Nationalität mit Gewalt nach Böhmen verschicken, besonders in Gegenden, die ehemals von Deutschen bewohnt waren.<sup>118</sup>

Gegen die Umsiedlung der Bevölkerung ungarischer Nationalität nach Böhmen protestierte in der Sitzung der Nationalversammlung vom 28. November 1946 Albert Bereczky, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Bereczky wies darauf hin, dass in der Tschechoslowakei unter dem Titel der Notstandsarbeit tatsächlich eine Deportierung der Bevölkerung ungarischer Nationalität im Gange ist. Müssen doch die Betroffenen nicht allein ihre Immobilien, sondern im Grunde genommen auch ihr Mobiliar zurücklassen, und an ihrer Stelle lassen sich sofort Slowaken nieder. „Es kann uns niemand dessen bezichtigen“, betonte der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, „dass wiederum wir die Störenfriede sind, indem wir diese Unmenschlichkeiten in ernster Form zur Sprache bringen... Das ist kein Revisionismus, wenn wir für das Schicksal, das Leben, die Freiheit, die Menschenrechte des ausserhalb unserer Grenzen lebenden Ungartums das Wort ergreifen. Wir wären nicht würdig, dank dem Vertrauen der Nation, in ihrer Vertretung an diesem Ort zu sein, sollten wir unser tiefes und völliges Mitgefühl mit unseren leidenden, erniedrigten, in den Schmutz gezeirrten Brüdern nicht zum Ausdruck bringen.“<sup>119</sup> Aussenminister Gyöngyösi erklärte — zugleich auch dem Abgeordneten Albert Bereczky antwortend —, dass er sich schon am 23. November bei der tschechoslowakischen Regierung gegen die Umsiedlung der Ungarn nach Böhmen verwahrt und am 25. November auch den Rat der Aussenminister über die besprochenen Ereignisse unterrichtet hat.<sup>120</sup>

In der Sitzung der Nationalversammlung vom 17. Dezember 1946 ergriff der Abgeordnete der Partei der Kleinen Landwirte, Imre Oltványi abermals

das Wort wegen des erlittenen Unrechts der Ungarn in der Tschechoslowakei, mit besonderer Rücksicht auf die „Notstandsarbeit“ in Böhmen. Der Politiker der Partei der Kleinen Landwirte verurteilte jedoch schon nicht allein nur das Verhalten der Tschechoslowakei, sondern auch das der alliierten Grossmächte, die seiner Meinung nach gegen das Verfahren der tschechoslowakischen Behörden ihr „Veto“ einlegen hätten müssen. Oltványi bestritt anhand von Tatsachen und wies aufgrund dessen jene tschechoslowakische Behauptung zurück, wonach es sich im gegebenen Fall um eine einfache Durchführung der Notstandsverordnung handle, die für jeden Bewohner in gleicher Weise gültig ist. In seiner Verbitterung und seinem Gefühl der Wehrlosigkeit liess er jedoch auch solche Worte fallen, die beinahe die Gefahr einer nicht wieder gutmachbaren Verschlechterung der ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen in sich bargen.<sup>121</sup> Auch Aussenminister Gyöngyösi erwähnte einige konkrete Beispiele zur Unterstützung dessen, dass die Tschechoslowakei auch die Charta der Vereinten Nationen verletzt und sich mit ihren Massnahmen im Zusammenhang mit der Bevölkerung ungarischer Nationalität über jene Verpflichtungen hinweggesetzt hat, die sie im ungarisch-tschechoslowakischen Abkommen über den Bevölkerungsaustausch übernommen hatte. Aus dem allen zog dann der Aussenminister die Schlußfolgerung, dass Ungarn der Durchführung des Abkommens vom 27. Februar 1946 so lange nicht zustimmen kann, bis die tschechoslowakische Regierung ihren Beschluss bezüglich der Zwangsumsiedlung der Ungarn nach Böhmen nicht überprüft.<sup>122</sup>

In Auswirkung der tschechischen „Notstandsarbeit“ flohen die Familien ungarischer Nationalität massenweise über die Grenze nach Ungarn. Die Anwesenheit der Menschen, die gezwungen waren ihre Heimat zu verlassen, die Ungewissheit ihrer Zukunft goss nur weiteres Öl ins Feuer der heimischen Empörung. Dies wurde freilich auch noch durch den Umstand gesteigert, dass seitens der tschechoslowakischen Presse, ja selbst seitens offizieller Organe solche Äusserungen zu hören waren, wonach die „Anwerbung“ der Ungarn zur Notstandsarbeit im wesentlichen ein Mittel dazu ist, die ungarische Nationalität loszuwerden. „Das Geständnis Fierlingers: Keine Notstandsarbeit“, schrieb das Blatt „Szabad Nép“, sondern eine erzwungene Entmagyarisierung.“<sup>123</sup> Schon früher unterrichtete das Blatt „Kis Újság“ seine Leser im Artikel „Trommelfeuer der slowakischen Blätter gegen Ungarn“ darüber, dass es auch die slowakischen Blätter bekennen: „sie wollen unter dem Vorwand der Arbeitswerbung das Ungartum loswerden.“<sup>124</sup> Angesichts des Verhaltens der tschechoslowakischen Regierung und besonders der andauernd zunehmenden Zahl der Flüchtlinge, startete „Szabad Nép“ eine gesellschaftliche Sammelaktion für die ungarischen Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei.<sup>125</sup>

Trotz der von beiden Seiten abgegebenen Erklärungen, die nur schwerlich als freundschaftliche bezeichnet werden können, und der mehr oder minder gegenseitigen Presseangriffe stimmte die Tschechoslowakei am 7. Januar 1947 einer unmittelbaren, bilateralen Erörterung der mit dem Bevölkerungsaustausch verbundenen Fragen grundsätzlich zu.<sup>126</sup> In

seiner Antwort vom 14. Januar erklärte sich der ungarische Aussenminister auch damit einverstanden, dass diese Verhandlungen in Prag stattfinden mögen. Gleichzeitig damit bezeichnete er als Vorbedingung für die Verhandlungen die Aufhebung der Zwangsumsiedlung nach Böhmen.<sup>127</sup> Zwecks Vorbereitung der Verhandlungen reiste Aussenminister Gyöngyösi am 26. Januar nach Pressburg, wo er mit dem Staatssekretär für äussere Angelegenheiten Clementis zusammentraf.<sup>128</sup> Den ungarischen und den tschechoslowakischen Standpunkt gelang es aber auch bei dieser Besprechung im wesentlichen nicht einander näherzubringen. Clementis wäre nämlich nur in dem Fall bereit gewesen über eine Aufhebung der „Arbeitswerbung“ der Ungarn zu verhandeln, wenn Ungarn den „ursprünglichen“ tschechoslowakischen Antrag bezüglich des Bevölkerungsaustausches akzeptiert. Gyöngyösi hingegen wollte die mit dem Bevölkerungsaustausch verbundenen strittigen Fragen ausschliesslich im Rahmen einer allgemeinen Regelung der Lage der Bevölkerung ungarischer Nationalität klären, beziehungsweise endgültig abschliessen.

Auf den Prager Verhandlungen zwischen dem 2. und 7. März konnten sich die Vertreter der beiden Regierungen im wesentlichen – mit Ausnahme einer einzigen Frage – einigen.<sup>129</sup> Doch diese einzige Frage nahm hinsichtlich eines erfolgreichen Ausgangs der Verhandlungen eine Schlüsselrolle ein. Die ungarische Regierung liess der tschechoslowakischen Regierung schon lange vor Beginn der Verhandlungen wissen, dass sie die Einstellung der Zwangsumsiedlung nach Böhmen als Bedingung der Durchführung des Bevölkerungsaustauschs betrachtet. Demgegenüber wollten die Vertreter der tschechoslowakischen Regierung diesen Anspruch des Aussenministers Gyöngyösi überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen. Daraufhin wurden die Verhandlungen natürlich abermals unterbrochen.

Der Abbruch der Prager Verhandlungen konnte eigentlich vom Gesichtspunkt beider Parteien aus nur eine ungünstige Wirkung ausüben. Dessen Erkenntnis kam mehr oder minder auch in der Erklärung Gyöngyösis zum Ausdruck, die er anlässlich seiner Abreise aus der tschechoslowakischen Hauptstadt abgegeben hat.<sup>130</sup> Der Aussenminister drückte sein Bedauern über die Erfolglosigkeit der Verhandlungen aus. Er erklärte, dass, wenn die Tschechoslowakei bereit ist, die Zwangsumsiedlungen nach Böhmen zu überprüfen, einer sofortigen Fortsetzung der Verhandlungen nichts im Wege stehen würde. Die tschechoslowakischen offiziellen Kreise machten gemeinsam mit der Presse allein die ungarische Delegation für die Verzögerung der Durchführung des Bevölkerungsaustausches verantwortlich.<sup>131</sup> Die „Svobodné Noviny“ bezichtigte die ungarische Partei, dass sie durch Aufwerfen der Folgen beziehungsweise Begleiterscheinungen der „Arbeitermobilisierung“ ein Problem berührt hat, das ausschliesslich die innere Angelegenheit der Tschechoslowakei ist.<sup>132</sup> Aber schon wenige Tage später meinte die tschechoslowakische Presse einen Zusammenhang zwischen den Ungarn betreffenden Notenwechsel der USA und der Sowjetunion sowie dem Verhalten der ungarischen Delegation auf den Prager Verhandlungen wahrnehmen zu können.<sup>133</sup> Die Pressburger „Pravda“ schrieb darüber, dass die amerikanische Note die traditionelle Richtlinie der unga-

rischen Reaktion und der ungarischen Aussenpolitik stärkt.<sup>134</sup> Einen ähnlich scharfen Ton schlug auch das Blatt „*Rudé Právo*“ im Zusammenhang mit dem Verhalten der ungarischen Regierung an. In seinem Artikel „Neuerliches ungarisches Manöver“ behauptete es, dass die ungarische Delegation zu dem Zeitpunkt Prag verlassen habe, in dem einzelne Grossmächte versuchen, das Rückgrat der ungarischen Reaktion „geradezurücken“.<sup>135</sup>

H. Truman, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, proklamierte in seiner Rede vom 12. März 1947 das „Kampfprogramm“ des Imperialismus für die Umzingelung der Sowjetunion und gegen den Weltkommunismus.<sup>136</sup> Die im Bündnis gegen Hitler-Deutschland schon früher entstandenen „Sprünge“ vertieften sich dadurch eigentlich zu einer Kluft, was gleichbedeutend damit war, dass im internationalen politischen Leben die Kompromisse durch eine offene Gewaltpolitik abgelöst werden. Nach der in der internationalen Lage eintretenden radikalen Wendung, dem Erscheinen der Atmosphäre des kalten Krieges und deren Ausbreitung vermochten die beiden volksdemokratischen Staaten die Auseinandersetzung untereinander nicht weiter in der bisherigen Art zu betrachten, wollten sie nicht die Verantwortung dafür übernehmen, dass sie der Entwicklung der im Entstehen begriffenen sozialistischen Welt besondere Hindernisse in den Weg stellen. Von obigem ausgehend kam der Ungarische Kommunistischen Partei Mitte März 1947 in entschiedenerer Form, der Gedanke dass Ungarn – eventuell durch Vermittlung der Sowjetunion und Jugoslawiens – die Wiederaufnahme der abgebrochenen ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen erreiche.<sup>137</sup> Gleichzeitig damit trachtete die Ungarische Kommunistische Partei auch auf Ministerpräsidenten Ferenc Nagy mit dem Ziel einen Druck auszuüben, dass auch die Regierung selbst eine Wiederaufnahme der Verhandlungen anbahne.<sup>138</sup> Einen Erfolg der Initiativen und Kraftanstrengungen der Kommunistischen Partei versprach auch der Umstand, dass die Sozialdemokratische Partei ebenfalls einen Abschluss der ungarisch-tschechoslowakischen Streitigkeiten betrieb.<sup>139</sup> Am 11. April 1947 machte der Gesandte Vilmos Böhm aus Stockholm die Parteileitung, und vor allem den Generalsekretär Árpád Szakasits darauf aufmerksam, dass Ungarn eventuell „über Moskau“ zu einer Vereinbarung mit der Tschechoslowakei zu gelangen versuchen solle.<sup>140</sup> Ähnlich legte Péter Veres, Mitglied des Politischen Ausschusses der Nationalen Bauernpartei, in der Sitzung vom 1. April 1947 seine Meinung dar, wonach die ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen „nicht abgebrochen werden dürfen“.<sup>141</sup>

Mit der einstimmigen Stellungnahme der Linksparteien erklärte sich diesmal auch Ferenc Nagy einverstanden und auch die Partei der Unabhängigen Kleinen Landwirte wünschte sich dieser nicht entgegenzusetzen. Dies alles hatte zur Folge, dass ab Ende März-Anfang April der Anspruch auf eine Wiederaufnahme der ungarisch-tschechoslowakischen Verhandlungen im wesentlichen zum Regierungsprogramm wurde.<sup>142</sup> Freilich bewegte die Proklamierung der Truman-Doktrin auch die Tschechoslowakei dazu, auf dem Gebiet der Regelung des ungarisch-tschechoslowakischen Ver-



hältnisses etwas mehr Elastizität an den Tag zu legen. So kamen auf den in der ersten Hälfte April wiederaufgenommenen Verhandlungen innerhalb verhältnismässig kurzer Zeit greifbare Ergebnisse zustande. Am 18. April 1947 informierte Szabad Nép die öffentliche Meinung bereits darüber, dass „der ungarische Ministerrat die Durchführungsverordnung über den ungarisch-tschechoslowakischen Bevölkerungsaustausch angenommen hat“<sup>143</sup> In Wirklichkeit aber begann schon am 10. April die Aussiedlung der ersten Gruppen nach Ungarn, beziehungsweise die fortlaufende Umsiedlung der ungarländischen Slowaken in die Tschechoslowakei.

Der beginnende Bevölkerungsaustausch bedeutete bei weitem nicht eine sofortige Beendigung der zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei seit langem bestehenden Meinungsverschiedenheiten und Spannungen. Dies widerspiegelte übrigens auch der Ton der Presse, der sich zu Beginn sozusagen überhaupt nicht änderte. Das Blatt „Národná Obroda“ berichtet in seinem Artikel „Das Antlitz unseres Südländes verändert sich“ über die Entfernung der ersten Gruppen der Bevölkerung ungarischer Nationalität aus der Tschechoslowakei.<sup>144</sup> Die Pressburger „Pravda“ berichtete über die Ereignisse unter dem Titel „Und sie gehen doch“, das Blatt Čas hingegen unter dem „Es beginnt das historische Gericht“.<sup>145</sup> Bis Mitte Juni verliessen 11 177 Ungarn die Tschechoslowakei im Sinne der Durchführung des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch.<sup>146</sup> Die in den späteren Wochen und Monaten Aussiedelnden, beziehungsweise Eintreffenden interessierten die Presse schon um vieles weniger. Die Probleme und Sorgen, sowie die teilweise persönlichen Tragödien dieser „Völkerwanderung“ der neuesten Zeit — die über 200 000 Menschen betroffen hat — bedeuteten nämlich für die öffentliche Meinung immer weniger eine Sensation. Bis zum 10. April 1948 — der Einstellung der Um- und Aussiedlung — verliessen von den sich ursprünglich gemeldeten 92 390 Personen 73 273 Personen Ungarn, von den zur Aussiedlung aus der Tschechoslowakei bestimmten 105 047 Einwohnern ungarischer Nationalität übersiedelten hingegen 68 407 Personen nach Ungarn.<sup>147</sup> Zu diesen gesellten sich noch 6000 Personen, die die Tschechoslowakei offiziell „freiwillig“ verlassen haben und nach Ungarn kamen. In Wirklichkeit war jedoch die Anzahl der in Ungarn Eintreffenden noch höher.<sup>148</sup> Jene 20–30 000 Menschen, die aus der Tschechoslowakei deshalb entfernt wurden, weil sie sich nach dem 2. November 1938 im einstigen Oberungarn angesiedelt haben, zählten zwar nicht zu dieser Kategorie, erhöhten aber hinsichtlich der Schaffung eines neuen Heimes und der Unterbringung doch die Zahl. Ausserdem waren es nicht wenige, die ursprünglich „nur“ vorübergehend gekommen waren, und sich bei ihren in der Nähe der Grenze wohnenden Verwandten und Bekannten aufhielten, sowie die Mittel- und Hochschüler, die den Wanderstab in erster Linie darum in die Hand nahmen, um ihre Studien fortsetzen zu können, und sich dann überwiegend endgültig hier niedergelassen haben.

Hinsichtlich einer endgültigen Regelung der Auseinandersetzungen zwischen den zwei volksdemokratischen Staaten bedeutete den entscheidenden Schritt zweifellos die Machtübernahme der Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei im Februar 1948, deren Folge unter anderem die Beendigung der Aussiedlung der Einwohner ungarischer Nationalität war. Hernach erschienen ab Juni 1948 stufenweise jene Massnahmen, die unter den Verhältnissen des sozialistischen Staates auf die Gleichberechtigung der ungarischen Nationalität ausgerichtet waren, beziehungsweise dieser dienten.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> A mai Magyarország (Das heutige Ungarn). Zusammengestellt von *Elekcs, D.*: Hungaria Lloyd Bp. o. O. S. 107; *Arató, E.*: Tanulmányok a szlovákiai magyarok történetéből 1918–1975 (Studien über die Geschichte der Ungarn in der Slowakei 1918–1975). Magvető-Verlag 1977. S. 65; *Kővágyó, L.*: Kisebbség-nemzetiség (Minderheit-Nationalität). Kossuth-Verlag 1978. 2. Ausg. S. 99.
- <sup>2</sup> *Arató, E.*: gen. Werk, S. 66–69.
- <sup>3</sup> *Balogh, E.*: Hétfőpróba (Siebenfach erprobt). Szépirodalmi-Verlag 1965. S. 234.
- <sup>4</sup> *Beneš, E.*: Šest let exilu. Praha, 1947. S. 232.
- <sup>5</sup> *Beneš, E.*: Paměti. Praha, 1947. S. 328.
- <sup>6</sup> *Beneš, E.*: gen. Werk, S. 285.
- <sup>7</sup> Nemzetközi szerződések 1918–1945 (Internationale Abkommen 1918–1945. Volkswirtschaftlicher und Juristischer Verlag 1966. S. 559.
- <sup>8</sup> *Gottwald, K.*: Desat' rokov. Bratislava, 1950. S. 343.
- <sup>9</sup> Československé Listy, 1. August 1944.
- <sup>10</sup> *Arató, E.*: gen. Werk, S. 339.
- <sup>11</sup> *Arató, E.*: gen. Werk, S. 163; *Purgat, J.*: Od Trianonu po Košice. K mad'arskej otázke v Československu. Bratislava, 1970, S. 16; *Pintér, I.*: Magyar antifasizmus és ellenállás (Ungarischer Antifaschismus und Widerstand). Kossuth-Verlag 1975. S. 445.
- <sup>12</sup> *Arató, E.*: A magyar–csehszlovák viszony ötven éve (Fünfzig Jahre ungarisch-tschechoslowakisches Verhältnis). Kossuth-Verlag 1969. S. 71.
- <sup>13</sup> *Zvara, J.*: A magyar nemzetiségi kérdés megoldása Szlovákiában (Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage in der Slowakei). Politischer Verlag Bratislava. 1965. S. 30.
- <sup>14</sup> *Purgat, J.*: gen. Werk, S. 206.
- <sup>15</sup> Die Sowjetunion verpflichtete sich aufgrund ihrer im Dezember 1943 mit Eduard Beneš geführten Verhandlungen und des mit der tschechoslowakischen Exilregierung getroffenen Abkommens, dass sie hinsichtlich des mit Ungarn zu unterzeichnenden Waffenstillstandsvertrags die Meinung der Tschechoslowakei im vornherein einholen werde. Die USA gab im Februar 1944 ein ähnliches Versprechen. Grossbritannien aber beantragte im Oktober 1944 in Angelegenheit des Waffenstillstandsvertrags mit allen Staaten zu konsultieren, die mit Ungarn im Kriegszustand sind.
- <sup>16</sup> Mit der Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942, die auch die Tschechoslowakei unterzeichnet hat, trat zwischen den beiden Staaten der Kriegszustand ein. (Nemzetközi szerződések) (Internationale Abkommen) 1918–1945. S. 523.).
- <sup>17</sup> Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. 1944, Volume III. Europe. United States Government Printing Office Washington 1967. S. 967–979.
- <sup>18</sup> *Beneš, E.*: Šest let exilu. S. 255.
- <sup>19</sup> *Zvara, J.*: gen. Werk S. 27; *Arató, E.*: A magyar–csehszlovák viszony ötven éve (Fünfzig Jahre Verhältnis Ungarn–Tschechoslowakei). S. 71.
- <sup>20</sup> *Arató, E.*: gen. Werk S. 70.
- <sup>21</sup> A. a. O. S. 69–70.
- <sup>22</sup> Čas, 12. August 1945.
- <sup>23</sup> Nemzetközi Szerződések (Internationale Abkommen) 1918–1945. S. 573.
- <sup>24</sup> Pravda, 7. August 1945.

- <sup>25</sup> Nemzetközi Szerződések (Internationale Abkommen) 1918–1945. S. 656.
- <sup>26</sup> Pravda, 1. Dezember 1945.
- <sup>27</sup> Čas, 24. Oktober 1945.
- <sup>28</sup> Kis Újság, 18. April 1945.
- <sup>29</sup> Szabad Nép, 31. Mai 1945.
- <sup>30</sup> Szabad Nép, 9. Juni 1945.
- <sup>31</sup> PI Arch. 284. f. XIII. cs.
- <sup>32</sup> PI Arch. 253/1–5.
- <sup>33</sup> PI Arch. 274/3–1
- <sup>34</sup> OL M. 1/IV–10.
- <sup>35</sup> Szabad Nép, 4. Juli 1945.
- <sup>36</sup> Világ, 20. Juni 1945.
- <sup>37</sup> OL M. 1/II–28.
- <sup>38</sup> OL M. 1/IV–62.
- <sup>39</sup> PI Arch. 284. f. XIII. cs.
- <sup>40</sup> Kis Újság, 21. August 1945.
- <sup>41</sup> PI Arch. 253/1–2; 274/3–7.
- <sup>42</sup> Kis Újság, 29. und 31. August 1945 sowie 2., 14. und 19. September.
- <sup>43</sup> Szabad Nép, 26. Oktober 1945.
- <sup>44</sup> A Magyar Kommunista Párt és a Szociáldemokrata Párt határozatai (Beschlüsse der Ungarischen Kommunistischen Partei in der Sozialdemokratischen Partei) 1944–1948. Kossuth-Verlag 1967. S. 158.
- <sup>45</sup> Nemzetgyűlés Naplója (Journal der Nationalversammlung), Atheneum Bp. 1966. Bd. L, S. 25.
- <sup>46</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>47</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>48</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>49</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>50</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>51</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>52</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>53</sup> Čas, 6., 15., 20. und 24. Januar 1946; Pravda, 29. Januar 1946.
- <sup>54</sup> OL M. 1/IV–69.
- <sup>55</sup> W. Mitchell-Carse, Vertreter der Budapester britischen Mission beantwortete die Note des ungarischen Aussenministers erst nach mehr als einen Monat nach der Stellungnahme der USA, am 19. März 1946. Die britische Antwort war ebenfalls abweisend, immerhin ging sie etwas weiter als die Mitteilung Schoenfelds: „Die Regierung Seiner Majestät wünscht in keinem, die Frage der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei prüfenden, oder den tschechoslowakisch-ungarischen Bevölkerungsaustausch in der seitens der ungarischen Regierung beantragten Art und Weise überprüfenden internationalen Ausschuss teilzunehmen. Die Regierung Seiner Majestät ist der Meinung, dass diese Frage die beiden beteiligten Regierungen aufgrund bilateraler Verhandlungen erledigen müssen. Sie ist weitershin, nicht bereit die tschechoslowakische Regierung zur Annahme jedweder, zugunsten Ungarns erfolgreicher Grenzberichtigung zu überreden, allerdings würde sie die Anerkennung keiner Modifizierung verweigern, in der sich die beiden beteiligten Parteien untereinander frei vereinbart haben“. (OL. M. 1/IV–69). Die Antwort der Sowjetregierung auf die besprechende ungarische Note ist uns nicht bekannt.
- <sup>56</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>57</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>58</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>59</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>60</sup> Es war beabsichtigt zum Vorsitzenden der gemischten Kommission – aufgrund einer gemeinsamen Vereinbarung – einen sowjetischen Staatsbürger aufzufordern.
- <sup>61</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>62</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>63</sup> OL M. 1/IV–66.
- <sup>64</sup> Szabad Nép, 28. Februar 1946.
- <sup>65</sup> OL M. 1/IV–66.

- <sup>66</sup> OL M. 1/IV – 66.  
<sup>67</sup> OL M. 1/IV – 66.  
<sup>68</sup> OL M. 1/IV – 66.  
<sup>69</sup> Szabad Nép, 28. Februar 1946.  
<sup>70</sup> Im Laufe der Werbung wurden 790 000 Zeitungsexemplare, 490 000 Broschüren, 540 000 Flugblätter und viele tausend Bücher verteilt, 60 Konzerte veranstaltet, in 133 Gemeinden 277 Volksversammlungen organisiert und im Budapester Rundfunk 266 Vorträge gehalten. (Zvara J.: gen. Werk, S. 32.).  
<sup>71</sup> PI Arch. 274/4 – 123.  
<sup>72</sup> PI Arch. 274/16 – 89.  
<sup>73</sup> PI Arch. 274/16 – 90; PI Arch. 284. f. XIII. es.  
<sup>74</sup> Szabad Nép, 21. März 1946.  
<sup>75</sup> PI Arch. 274/16 – 89.  
<sup>76</sup> OL M. 1/IV – 5.  
<sup>77</sup> Szabad Nép, 11. April 1946.  
<sup>78</sup> Szabad Nép, 12. April 1946.  
<sup>79</sup> Szabad Nép, 12. April 1946.  
<sup>80</sup> PI Arch. 2/15 – 24.  
<sup>81</sup> Nemzetgyűlés Naplója (Journal der Nationalversammlung). Bd. II. S. 7.  
<sup>82</sup> Jene bürgerlichen Politiker, die am schärfsten gegen die Ratifizierung des Abkommens über den ungarisch – tschechoslowakischen Bevölkerungsaustausch waren, behandeln diese auch in ihren, im Ausland erschienenen Memoiren sehr einseitig und voreingenommen. „Kann es wohl zweifelhaft sein – schreibt Vince Nagy, „welcher der beiden Regierungen wegen dieses schmachvollen Vertrags über den Bevölkerungsaustausch vor der Geschichte ein strengeres Urteil bevorsteht? Das Verhalten der ungarischen Regierung wird durch die Tatsache noch mehr belastet, dass sie den Tschechen – da sich in Ungarn kaum jemand freiwillig zur Umsiedlung in die Tschechoslowakei gemeldet hat – gestattete, dass die Propagandakommission der tschechischen Regierung in den größeren Ortschaften des Komitates Békés erscheine...“ (: Nagy, V.: Októbertől októberig (Von Oktober bis Oktober). New-York. 1962. S. 243.) Dezső Sulyok schreibt hingegen dass „es sich also um ein Abkommen gehandelt hat, das nur brutale Sieger dem schwachen Besiegten aufzuzwingen pflegen“. Sulyok, D.: Zwei Nächte ohne Tag. Zürich, 1948. S. 272). Später überbietet er in einem anderen Buch auch das noch, indem er behauptet „dieses Abkommen war für das Selbstgefühl der ungarischen Nation ein Schlag ins Gesicht, es ordnete deren nationale Interessen voll und ganz dem kommunistisch-tschechisch-slawischen Imperialismusunter, er machte das Ungarum in gesetzlicher Form zu einem zweitrangigen Volk den Slowaken gegenüber: es war dies eines der größten Verbrechen unserer Geschichte gegen die Erhaltung unseres Volkes“. Sulyok, D.: A magyar tragédia (Die ungarische Tragödie). I. Teil. Litho in U. S. A. Style Printing Company Newark. N. J. Selbstverlag des Autors, 1954. S. 171.) Gleichzeitig bemerkte der frühere Ministerpräsident Ferenc Nagy zum Abkommen über den Bevölkerungsaustausch bloss, dass „seine (es handelt sich um János Gyöngyösi – S. B.) Popularität auch durch das Abkommen über den Bevölkerungsaustausch, das er mit der Tschechoslowakei getroffen hat, nicht stieg und im Zusammenhang mit diesem, wegen einigen im Abkommen enthaltenen Zugeständnissen ungewollt zum Sündenbock wurde, (Nagy, F.: The Struggle Behind the Iron Curtain. The Mac-Millan Company. New York, 1948. S. 298.).  
<sup>83</sup> Nemzetgyűlés Naplója (Journal der Nationalversammlung). Bd. II. S. 119.  
<sup>84</sup> OL M. 1/IV – 7.  
<sup>85</sup> Eben darum kann man mit der Behauptung von Endre Arató nicht einverstanden sein, wonach „die Werbung ein sehr mageres Ergebnis zeitigte...“ (Arató, E.: A magyar-szlovák viszony ötven éve (Fünfzig Jahre ungarisch-tschechoslowakisches Verhältnis). S. 72.; Anlässlich der Volkszählung vom Jahre 1949 bekannten sich 25 988, anlässlich der Volkszählung von 1960 aber 30 650 Personen in Ungarn zur slowakischen Muttersprache. (Nemzetiségi kérdés – nemzetiségi politika (Nationalitätenfrage – Nationalitätenpolitik). Kossuth-Verlag 1968. S. 17.)  
<sup>86</sup> Zvara, J.: gen. Werk. S. 37.  
<sup>87</sup> In die Namensliste wurden nämlich auch 12 577 Personen aufgenommen, die nicht tschechischer und nicht slowakischer Nationalität waren, die Anzahl der sich rechtsun-



wirksam Angemeldeten betrug 3549, 788 Personen meldeten sich zweimal, 2401 waren Kriegsgefangene, ferner war die Anzahl der Toten, der Unbekannten usw. nicht weniger als 10 635. (01 M. 1/IV - 7).

<sup>85</sup> Szabad Nép, 23. Mai 1946.

<sup>89</sup> Szabad Nép, 5. Juni 1946.

<sup>90</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>91</sup> Arató, E.: A magyar - csehszlovák viszony ötven éve (Fünfzig Jahre ungarisch-tschechoslowakisches Verhältnis). S. 73.

<sup>92</sup> A. a. O. S. 74.

<sup>93</sup> Čas, 20. November 1946.

<sup>94</sup> OL M. 1/IV - 69.

<sup>95</sup> Szabad Nép, 3. Juli 1946.

<sup>96</sup> Népszava, 3. Juli 1946.

<sup>97</sup> Kis Újság, 16. Juli 1946.

<sup>98</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>99</sup> Ausserdem figurierte unter den tschechoslowakischen Forderungen unter anderem, dass die Pressburg gegenüber, am rechten Donauufer gelegenen Gemeinden Bezenye, Dunacsun Horvátjárfa, Oroszvár und Rajka der Tschechoslowakei anzugliedern sind. (Pravda, 13. September 1946.)

<sup>100</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>101</sup> Pravda, 13. September 1946.

<sup>102</sup> Der Leiter des Unterausschusses wurde - auf Antrag Kanadas - der Vertreter der Ukraine, dieser aber schlug den Vertreter von Neuseeland als Referenten vor, was ebenfalls angenommen wurde.

<sup>103</sup> OL M. 1/IV - 100; Szabad Nép, 28. September 1946.

<sup>104</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>105</sup> Kis Újság, 22. September 1946.

<sup>106</sup> Pravda, 22. September 1946.

<sup>107</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>108</sup> Szabad Nép, 25. September 1946.

<sup>109</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>110</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>111</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>112</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>113</sup> OL M. 1/IV - 62.

<sup>114</sup> Nemzetközi szerződések gyűjteménye (Sammlung internationaler Abkommen) 1945 - 1958. Volkswirtschaftlicher und Juridischer Verlag 1958. S. 61.

<sup>115</sup> Szabad Nép, 15. Oktober 1946.

<sup>116</sup> Nemzetgyűlés Naplója (Journal der Nationalversammlung). Bd. V, S. 7.

<sup>117</sup> OL M. 1/IV - 17.

<sup>118</sup> „Zusammen wurden 9610 Familien, beziehungsweise 41 640 Personen in die tschechischen Landesteile Umgesiedelt. Freiwillig zogen 2154 ungarische Familien weg. Insgesamt siedelten also 44 129 Personen aus 393 Gemeinden von 17 Bezirken der Südslowakei um. . . Von diesen waren 5128 kleinbäuerliche Familien, was schon an sich darauf hinweist, dass die ‚Werbung‘ ihren eigentlichen Sinn verloren hat, denn diese Schichten hatten das mindeste mit der deutschfreundlichen faschistischen Politik zu tun. Obwohl diese Aktion ‚Werbung‘ und die durch diese Betroffenen Angeworbene genannt wurden, handelte es sich eigentlich - mit wenig Ausnahmen - nicht um eine Werbung, sondern um eine Zwangsaussiedlung. Die Ausgesiedelten wurden im wesentlichen genauso behandelt wie die Kriegsverbrecher“. (Zvara, J.: gen. Werk, S. 39.)

<sup>119</sup> Nemzetgyűlés Naplója (Journal der Nationalversammlung). Bd. IV, S. 245.

<sup>120</sup> A. a. O. S. 247.

<sup>121</sup> A. a. O. S. 805.

<sup>122</sup> A. a. O. S. 809.

<sup>123</sup> Szabad Nép, 5. Februar 1947.

<sup>124</sup> Kis Újság, 5. Januar 1947.

<sup>125</sup> Szabad Nép, 26. Januar 1947.

<sup>126</sup> OL M. 1/IV - 7.

- <sup>127</sup> OL M. 1/IV – 7.
- <sup>128</sup> OL M. 1/IV – 64.
- <sup>129</sup> Svobodné Noviny, 9. März 1947; Szabad Nép, 7. März 1947.
- <sup>130</sup> Svobodné Noviny, 9. März 1947.
- <sup>131</sup> Národná Obróda, 9. März 1947.
- <sup>132</sup> Svobodné Noviny, 9. März 1947.
- <sup>133</sup> Politikai és Gazdasági Tájékoztató. Független Kisgazda-, Földmunkás és Polgári Párt Propaganda Osztályának kiadványa (Politische und wirtschaftliche Informationen. Publikation der Propagandaabteilung der Unabhängigen Kleinlandwirte-, Landarbeiter- und Bürgerlichen Partei). Bp. 12. März 1947.
- <sup>134</sup> Pravda, 13. März 1947.
- <sup>135</sup> Rudé Právo, 13. März 1947.
- <sup>136</sup> Die in der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses gehaltene Rede Trumans enthielt unter anderem, dass die Zeit gekommen sei, da jede Nation unter den alternativen Lebensformen die Wahl treffen muss. „Ich glaube daran – sagte der Präsident – dass die Politik der Vereinigten Staaten die freien Völker unterstützen muss, die sich dem Unterjochungsversuch der bewaffneten Minderheiten oder des äusseren Drucks entgegenstellen“. (Fleming, D. F.: The Cold War. London, 1961. S. 288.
- <sup>137</sup> PI Arch. 274/3 – 80.
- <sup>138</sup> PI Arch. 274/3 – 80.
- <sup>139</sup> PI Arch. 253/1 – 139.
- <sup>140</sup> PI Arch. 283/12 – 6.
- <sup>141</sup> PI Arch. 284. f. XIII. cs.
- <sup>142</sup> PI Arch. 284. f. XIII. cs.
- <sup>143</sup> In allen umstrittenen Fragen kam zwischen den beiden Regierungen am 24. Mai 1947 bezüglich der Durchführung des Abkommens über den Bevölkerungsaustausch vom 27. Februar 1946 eine Vereinbarung zustande.
- <sup>144</sup> Národná Obróda, 12. April 1947.
- <sup>145</sup> Pravda, 13. April 1947; Čas, 13. April 1947.
- <sup>146</sup> Čas, 22. Juni 1947.
- <sup>147</sup> Zvara, J.: gen. Werk. S. 36.
- <sup>148</sup> A magyar forradalmi munkásmozgalom története (Geschichte der ungarischen revolutionären Arbeiterbewegung). Kossuth-Verlag 1970, Bd. III. S. 134.